Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 161

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Mittwoch, den 13. Juli 1921

Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Der Kampf um das neue Kabinett.

Im preußischen Landtag hat eine große politische Auseinandersetzung über das Kabinett Stegerwald begonnen. Eine Berliner parlamentarische Korrespondenz behauptet zu wissen, die sozialistischen Parteien wollten bei der Schlußberatung des Notetats, der fünf Milliarden verlangt, den Versuch machen, Stegerwald zu stürzen. Sie würden gegen die Annahme des Notetats stimmen, und sie hofften eventuell durch Obstruktion ihr Ziel zu erreichen. Zu dieser letzteren Bemerkung ist zu sagen, daß die Obstruktion nur in den seltensten Fällen ein geeignetes Mittel sein dürfte, eine Regierung zu stürzen und an ihre Stelle eine andere zu bringen, die den obstruierenden Parteien genehmer ist. Tatsächlich kann zu auch von einer Obstruktion der sozialistischen Parteien kein Rede sein. Wenn diese Parteien nicht dieselbe Eile haben wie die bürgerlichen, die Parlamentsarbeit zu beenden und in die Ferien zu kommen, so ist das noch lange keine Obstruktion. Eine solche, d. h. ein Versuch, mit Mitteln der Geschäftsordnung das Zustandekommen eines Gesetzes zu einem bestimmten Zeitpunkt oder überhaupt zu verhindern, findet auch in dem gegenwärtigen Zeitpunkt gar keine passende Gelegenheit. Ihre tatsächliche Anwendung würde als Ziel die Auflösung des Parlaments in Aussicht nehmen müssen, und ihre Voraussetzung wäre, daß die obstruierenden Parteien mit gutem Gewissen behaupten könnten, das Parlament verstoße durch die Art seiner Beschlußfassung gegen den Volkswillen. In solchem Fall ließe sich unter Umständen auch unter dem parlamentarischen System ein Obstruktionskampf gegen eine Regierung und ihre Mehrheit mit Aussicht auf Erfolg führen. Das Ziel müßte dann aber, wie gesagt, die Vernichtung dieser Mehrheit sein und nicht bloß ihre Umgruppierung in dem Sinne, daß sich Teile der bisherigen Mehrheit mit den obstruierenden Parteien verbinden und auf diese Weise eine Grundlage für die Bildung einer neuen Regierung schaffen.

Die sozialistischen Parteien haben die Parole der Landtagsauflösung nicht ausgegeben, sie hätten auch in diesem Augenblick schwerlich Aussicht, in Preußen eine rein sozialistische Mehrheit zustande zu bringen. Ihr Ziel kann also nur die Umgruppierung der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse in dem oben gekennzeichneten Sinne sein. Das gilt nicht nur für die Sozialdemokraten, sondern auch für die Unabhängigen. Diese könnten durch den Sturz der Regierung Stegerwald nur eine noch weiter nach rechts gerichtete Regierung ans Ruder bringen, wenn es nicht ihre Absicht wäre, sei es auch nicht der eigenen Partei, so doch der Sozialdemokratie Eingang in die Regierung zu verschaffen. Man darf ohne weiteres annehmen, daß das letztere der Fall ist, und daß die Unabhängigen die Regierung Stegerwald in der Absicht bekämpfen, in Preußen eine ebenso zusammengesetzte Regierung zustande zu bringen, wie sie schon im Reiche besteht.

Die Bildung einer solchen Regierung in Preußen ist nur möglich, wenn das Zentrum und die Demokraten sie wollen. Das bedeutet nicht, daß diese beiden Parteien von heißer Liebe für die Sozialdemokratie entflammt sein müssen, aber es bedeutet, daß bei ihnen die Einsicht vorhanden ist, ein Regieren ohne die Sozialdemokratie sei unmöglich, und daß diese Einsicht stärker ist, als die vorhandenen Abneigungen gegen ein Zusammenarbeiten mit der Linken. Beim Zentrum wie bei den Demokraten gibt es Strömungen, die der Stegerwald-Politik skeptisch gegenüberstehen, und die ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie für die gegebene Politik halten. Will man die Regierung Stegerwald beseitigen, so muß man sich bemühen, diese Strömungen zu stärken.

Die Demokraten haben trotz ihrer kleinbürgerlichen Verspießerung viele Anhänger, denen es nicht in den Kopf gehen will, daß sich ihre Partei, die sich programmäßig für den Schutz der demokratischen Republik einsetzt, mit den Gegnern dieser Republik auf der Rechten verbindet. Und das Zentrum hat mit den christlichen Arbeitern zu rechnen, die ihre Partei sicher viel lieber im Bunde mit der antikapitalistischen Sozialdemokratie sehen, als mit hochkapitalistischen Parteien der Rechten. Nur wenn es gelingt, von hier aus einen Druck auf das Zentrum und auf die Demokraten auszuüben, daß sie auf die taktische Verbindung mit der Rechten verzichten und sich der Sozialdemokratie wieder nähern, kann der Kampf gegen das Kabinett Stegerwald von Erfolg begleitet sein.

In der demokratischen Presse haben sich Anzeichen einer Wandlung bemerkbar gemacht. Die „Frankfurter Zeitung" kämpft mit Entschiedenheit gegen die Gefahr eines neuen schwarz-blauen Blocks, bei dem die Demokraten die Rolle des fünften Rades am Wagen spielen, und selbst das recht zahm gewordene „Berliner Tageblatt" wirft die Frage auf, wie lange die Demokraten einer Entwicklung Preußens in der Richtung zum bayerischen System geduldig zusehen dürfen. Beim Zentrum wirkt noch immer die alte Autorität Stegerwalds als Führer der christlichen Gewerkschaften, es scheint, daß die christlichen Arbeiter noch immer nicht klar genug erkannt haben, wohin der Weg dieses ihres Führers geht.

Die Aufgabe der sozialistischen Parteien in den preußischen Parlamentskämpfen ist es, über die Gefahren des Systems Stegerwald in den breitesten Massen Aufklärung zu schaffen und aufrüttelnd auf die öffentliche Meinung zu wirken. Der augenblickliche Erfolg mag dann imer noch zweifelhaft sein, aber die Richtung ist gewonnen, in der der Sieg zu suchen ist.

Moskau und KPD.

Auf dem dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale nahm in der letzten Sitzung, die den Diskussionen über taktische Fragen gewidmet war, die deutsche Märzaktion der Kommunisten einen breiten Raum ein. Die drei hervorragendsten Führer der Kommunistischen Internatinale, Sinowjew, Trotzki und Radek, setzten sich mit der „mitteldeutschen Aktion" auseinander und gelangten zu einem Ergebnis, das um so bemerkenswerter ist, als es in der Beurteilung der deutschen Kommunistischen Partei völlig übereinstimmt. Sinowjew führte aus:

Der dritte Kongreß muß noch einmal die Notwendigkeit einer engeren Annäherung an die Massen hervorheben. Eine Gefahr für die Kommunistische Internationale liegt in der vorzeitigen Kampftätigkeit der jungen Parteien. Die Opportunisten sind natürlich Agenten der Bourgeoisie. Aber wenn die rechten Elemente unsere Feinde sind, so dürfen wir doch auch die Gefahren, die von den linken Elementen kommen, nicht außer acht lassen. **Diese Elemente wollen uns zu einer vorzeitigen Aktion veranlassen.**

Ueber die Frage der revolutionären Taktik sprach Trotzki. Seine Ausführungen waren um eine Note schärfer als die des Vorredners:

Die Theorie der Offensivpolitik um jeden Preis ist nicht marxistisch. Politisch gibt es und kann es keine Partei geben, die weiter links steht als wir Kommunisten der Dritten Internationale. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht nur jede gegebene Lage voll ausnützen, nicht nur kämpfen, sondern unsere Siege sicherstellen können. Wir müssen unsere eigenen Kräfte und die Kräfte unserer Gegner kalten Blutes abwägen. Man muß die Lage in jedem einzelnen Lande einer genauen Prüfung unterziehen, und nur dort, wo es möglich und notwendig ist, mit aller Macht zum Angriffe übergehen.

Als dritter Redner ergriff Radek das Wort, der in seinem Tadel der KPD. noch weit deutlicher wurde. Er sagte:

Die ganze Kette der Opfer des deutschen Proletariats bildet die Quelle unserer neuen Erfahrungen. Die junge deutsche Kommunistische Partei zeigt in ihrem Bestreben zu Aktionen eine ungenügende Kenntnis der Lage und bringt eine Reihe von Fehlern zum Vorschein, die ihre Verbindung mit den breiten Massen gefährden. Die Diskussion über die Märzereignisse in Deutschland hat zweifellos ergeben:

Erstens: Die Partei ist richtig vorgegangen, indem sie ihre Mitglieder aufforderte, der Arbeiterklasse, die von der kapitalistischen Regierung überfallen wurde, zu Hilfe zu eilen.

Zweitens: Die Partei, die Massen von Hunderttausenden wirklich revolutionären Proletariern führte, hat sich **eine ganze Reihe Fehler praktischer Natur zuschulden kommen lassen.** Um die Bourgeoisie entscheidend zu schlagen, muß die Tapferkeit des Proletariats erprobt werden. Ohne Angriff können wir nicht die Bastille des Kapitalismus erobern. Eine Partei ohne Kampfesgeist verdient nicht den Namen einer proletarischen. Für prinzipielle Gegner des Angriffes ist kein Platz in der Kommunistischen Internationale, **doch die Theorie des Angriffs um jeden Preis ist falsch,** denn sie beraubt uns der Möglichkeit, die Lage nüchtern abzuschätzen und den Kampf entsprechend der Kraft des Gegners vorzubereiten.

Da nach den 21 Bedingungen die Debatte geschlossen ist, wenn Moskau gesprochen hat, so bleibt den deutschen Kommunisten nichts übrig, als sich auch diese Ohrfeigen ruhig gefallen zu lassen. Für die westeuropäische Arbeiterschaft ist aber ein Satz aus den Ausführungen Radeks von ganz besonderem Interesse, die Mitteilung nämlich, daß die Opfer des Proletariats die Quelle für die Erfahrungen der russischen Kommunisten bilden. Hieraus kann die Arbeiterschaft erkennen, zu welchem Zwecken sie mißbraucht wird: sie ist Versuchskaninchen und Prügelknabe zu gleicher Zeit: Versuchskaninchen, indem man an ihr herumexperimentiert, und Prügelknabe, indem man, wenn das Experiment mißglückt, sie mit Fußtritten traktiert. Sind die deutschen klassenbewußten Arbeiter wirklich gewillt, sich eine solche Behandlung auf die Dauer gefallen zu lassen?

Kein neuer Aufstand in Oberschlesien.

Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) In einer Unterredung mit dem oberschlesischen Berichterstatter der „Voss. Ztg." erklärte der englische General Henniker, daß ein neuer polnischer Aufstand gewaltsam unterdrückt werden solle. Die polnische Grenze würde jetzt gesperrt werden, und zwar durch Truppen aller drei in Oberschlesien vertretenen Mächte. Der General hat dann, daß die deutsche Presse die deutschen Oberschlesier möglichst zur Geduld mahne, da irgendwelche Gewalttätigkeiten von ihrer Seite für die Sache der Deutschen von allergrößtem Nachteil sein würden. Er hoffe, daß die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien bald falle, und könne versichern, daß die interalliierte Kommission ständig auf Beschleunigung dränge. Nach einer weiteren Meldung der „Voss. Ztg." sind in Oberschlesien die englischen Truppen in den letzten Tagen an verschiedenen Orten energisch gegen die noch im Besitz von Waffen befindlichen polnischen Banden vorgegangen. In Groß-Dombrowka wurden gegen 200 bewaffnete Polen, die die deutsche Bevölkerung in der dortigen Gegend aufs schwerste belästigt und mißhandelt hatten, von englischer Seite entwaffnet.

Falscher Alarm.

Von einem guten Kenner der oberschlesischen Verhältnisse wird uns aus Kattowitz geschrieben, daß kein Grund vorliege, die Gerüchte über einen neuen polnischen Aufstand ernst zu nehmen. Die interalliierte Kommission sei nunmehr Herrin der Lage und werde sich die Situation so leicht nicht wieder verderben lassen, da sie vor der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens keinen neuen Aufstand gebrauchen könne. Man müsse auch annehmen, daß die gegenwärtige polnische Regierung, deren finanzielle Schwierigkeiten ungeheuer seien, alles aufwenden werde, Korfanty und seine Leute vor neuen Unbesonnenheiten zurück zu halten. Aus guter Quelle habe ich erfahren, daß die polnische Regierung einer etwaigen Unterstützung neuer Unruhestifter aus Kongreßpolen heraus den schärfsten Widerstand entgegensetzen werde. Diese Haltung ist vermutlich auf sehr deutliche Mahnungen der interalliierten Kommission hin erfolgt, die froh ist, ihr Ansehen einigermaßen wieder in Ordnung gebracht zu haben. Es dürfte daher gut sein, so schließt unser Gewährsmann seinen Bericht, allen wilden Gerüchten, die aus Oberschlesien nach Berlin gelangen, großes Mißtrauen entgegenzubringen.

Oberschlesiens ungewisses Schicksal.

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, wird die französische Regierung in wenigen Tagen der englischen Regierung vorschlagen, den Obersten Rat entweder nach Boulogne oder nach Paris gegen den 25. Juli zusammenberufen. Die aus Oberschlesien erhaltenen Nachrichten hätten die Hoffnung zerstreut, daß die alliierten Kommissare sich über einen gemeinsamen Grenzvorschlag einigen könnten. Man glaubt deshalb in Paris, es sei das beste für die alliierten Regierungen, das Problem sobald wie möglich zu behandeln und nicht mehr den Versuch zu machen, es durch Sachverständigenkonferenzen zu lösen, wie Lord Curzon und Briand während ihrer Pariser Beratung geglaubt hätten.

Lloyd George erklärte im Unterhause, daß man auf der nächsten Tagung des Obersten Rates eine Regelung der oberschlesischen Frage zu erreichen hofft. „Evening Standard" meldet, daß der Oberste Rat wahrscheinlich in Kürze zusammentreten werden.

Der Austausch der Verschleppten.

Oppeln, 13. Juli. (WTB.) Der unter dem Schutze des internationalen Roten Kreuzes in Oberschlesien ins Werk gesetzte Austausch von Internierten und Gefangenen wird mit dem morgigen Tage beendet sein. Es muß aber damit gerechnet werden, daß eine Anzahl der von den Insurgenten internierten oder verschleppten Deutschen noch nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Um die notwendigen Nachforschungen nach diesen Personen einleiten zu können, sind die erforderlichen Unterlagen unter Angabe von Namen, Vornamen, Gemeinde, Tag und Ort und nähere Umstände der Internierung oder Verschleppung sowie etwaige Anhaltspunkte über den augenblicklichen Aufenthaltsort und sonstige zweckdienliche Mitteilungen baldmöglichst an die Delegation des deutschen Roten Kreuzes bei der Kommission des internationalen Roten Kreuzes in Oppeln, Oberrealschule, einzusenden.

Le Rond will fort von Oberschlesien.

Der „Matin" teilt mit: Verschiedene Zeitungen haben gemeldet, daß General Le Rond von der französischen Regierung abberufen worden ist und demnächst seinen Posten in Oberschlesien verlassen dürfte. Diese Meldung ist unzutreffend. General Le Rond, der während des Krieges verwundet worden war, hat bei der Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, nach Frankreich zu kommen, um sich einer kleinen Operation zu unterziehen. Diese Erlaubnis hat er erhalten. Er wird jedoch Oberschlesien erst verlassen, wenn die Kommission ihren Bericht über die Zuerteilung Oberschlesiens an den Obersten Rat abgeliefert haben wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0001

Holländischer Kredit für Deutschland.

Berlin, 12. Juli. Die Reichsbank teilt mit, daß es ihr gelungen sei, durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn & Co., Amsterdam, sich einen Kredit von 150 Millionen Goldmark zu beschaffen, und daß Verhandlungen über weitere Kredite gleicher Art schweben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen werden durch diese Kreditoperation so ergänzt, daß die Erfüllung der am 31. August fälligen Reparationsverpflichtung als gesichert ist. Weitere Reparationszahlungen sind alsdann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten.

Englisch-amerikanisch-japanische Konferenz.

London, 13. Juli. (Reuter.) Der amerikanische Vorschlag für eine Konferenz in Washington ist gestern bei der amerikanischen Botschaft eingegangen. Botschafter Harvey begab sich daraufhin nach Chequers und besuchte Lloyd George. Am Vormittag kam die Angelegenheit in der Kabinettssitzung zur Sprache. Allgemein wird hier größte Befriedigung und die Ueberzeugung gehegt, falls die Washingtoner Konferenz zustande komme, sie nicht mit der von Paris zu vergleichen ist. Lord Curzon hatte Besprechungen mit dem amerikanischen und dem japanischen Botschafter.

Die diplomatischen Mitarbeiter verschiedener Blätter melden, daß Lloyd George persönlich an der in Washington geplanten Konferenz teilnehmen werde. Die Konferenz werde vermutlich im Herbst abgehalten werden.

Paris, 13. Juli. „Matin" berichtet, die französische Regierung werde die Einladung Amerikas zu einer Konferenz, die gestern übermittelt wurde, annehmen. Ministerpräsident Briand beabsichtige sich selbst zu den Beratungen nach Washington zu begeben.

Polens Sanierung.

Warschau, 12. Juli. (TU.) Die Regierungsvorlage, die die Neuausgabe von 20 Milliarden Mark Banknoten genehmigt, ist in der Plenarsitzung des Sejm nach stürmischer Debatte angenommen worden. Damit ist für den Augenblick die Gefahr einer Regierungskrise beseitigt, die akut war, da sich zur Opposition der Rechtsparteien gegen die Finanzpolitik der Regierung die Opposition der Linksparteien gegen die Verpflegungspolitik gesellte.

Russischer Hilferuf an Amerika.

Königsberg, 12. Juli. (TU.) Der Berichterstatter der „Ostpreußischen Zeitung" in Kowno berichtet, aus absolut zuverlässiger Quelle melden zu können, daß die russische Räteregierung sich an den jetzt in Moskau befindlichen amerikanischen Senator France mit der Bitte gewandt habe, der amerikanischen Regierung Mitteilung des Inhalts zu machen, daß angesichts der bevorstehenden totalen Mißernte in einem großen Teile Rußlands die Räteregierung sich im Namen des russischen Volkes an das amerikanische Volk mit der Bitte wende, der vor dem Hungertode stehenden Volksmasse durch Uebersendung von Nahrungsmitteln Hilfe zu bringen. Die amerikanische Regierung habe sich im Prinzip zu einer großzügigen Unterstützungsaktion bereit erklärt, verlange jedoch Garantien für eine Kontrolle ihrer Durchführung durch freie und unbeeinflußt gewählte Vertreter des russischen Volkes. Zurzeit spielen sich in Moskau heftige Szenen zwischen Lenin, der für sofortige Erfüllung der amerikanischen Forderung ist, und den Extremisten ab. Es ist nahezu sicher, daß Lenins Standpunkt siegt.

Eine Niederlage der braunschweiger Reaktionäre.

Leipzig, 12. Juli. (WTB.) Der vorläufige Staatsgerichtshof hat heute den Antrag der Landtagsfraktion des Braunschweigischen Landeswahlverbandes, zu erklären, daß der am 16. Mai 1920 gewählte Landtag am 15. Mai 1921 sein Ende erreicht hat, abgelehnt mit der Begründung, der Landtag habe seine Aufgabe, dem Lande eine Verfassung zu geben, noch nicht erfüllt.

Wilhelm will keine Steuern zahlen.

Französische Blätter melden, daß Exkaiser Wilhelm lebhaft gegen die ihm auferlegten Gemeindesteuern der Gemeinde Doorn protestiert habe, indem er erklärte, daß die Gemeindeverwaltung von Doorn kein Recht habe, ihn zu besteuern, da er nach Holland gegen seinen eigenen Willen gekommen und da er in Wirklichkeit nur ein Gefangener sei. Infolgedessen sei er auch nicht der Steuer unterworfen, wie ein freier Bürger Hollands. Der Exkaiser soll gleichfaus gegen die Steuer auf sein Einkommen protestiert haben, die man ihm auferlegt hat. Die Mehrheit des Gemeinderats steht aber auf dem Standpunkt, daß der Exkaiser freiwillig nach Holland gekommen sei und daß er sich Doorn freiwillig als Residenz ausgesucht hat. Der Gemeinderat berät zurzeit über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um den Kaiser zur Steuerzahlung zu zwingen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Meldung der französischen Blätter, die durch die „Dena" verbreitet wird, auf Wahrheit beruht. Uns will jedenfalls die Stellungnahme des Gemeinderats von Doorn weit begründeter erscheinen als die Wilhelms II. Dieser desertierte bekanntlich bei Ausbruch der Revolution nach Holland, so daß sein dortiger Aufenthalt als ein durchaus freiwilliger anzusehen ist. Der Vater will dem Sohne, Prinz Eitel Schieberich, offenbar an Steuerdrückebergerei in nichts nachstehen.

Preußischer Landtag.

38. Sitzung. Dienstag, den 12. Juli 1921, mittags 1 Uhr.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird der Antrag über die Aenderung der Ortsklasseneinteilung ohne Aussprache angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Königsberg (Nm.) und Bärwalde (Nm.) Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Volksschullehrerdienseinkommensgesetzes und die Ausführungsbestimmungen dazu gehen an den Ausschuß der Beamtenangelegenheiten.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedelung; nach Vorlage dürfen für diesen Zweck 300 Millionen Mark aufgewendet werden.

Abg. Braun (Soz.): Wir werden für die Vorlage stimmen, halten aber die geforderten Mittel keineswegs für ausreichend, um die großen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Siedlung zu lösen sind, in wünschenswertem Umfange zu erfüllen. Auch für die Urbarmachung von Moorländereien müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ein solches Kultivierungsprojekt mag nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen unwirtschaftlich sein, wenn man aber bedenkt, wie viele Millionen an Arbeitslosenunterstützung durch eine solche Beschäftigung vieler Arbeitsloser gespart werden, so muß man sie doch als wirtschaftlich bezeichnen. Auch eine Vermehrung unserer Lebensmittelvorräte würde dadurch erzielt werden. Dadurch würde es auch möglich sein, den Heuerlingen mehr Land zur Verfügung zu stellen um sie wirtschaftlich voll selbständig zu machen. (Sehr richtig b. d. Soz.) Wir beantragen Ueberweisung des Gesetzentwurfes an den Siedlungsausschuß. Alle Leute, die von Siedlungen etwas verstehen, und besonders diejenigen Leute, die nicht nur schreiben oder reden, sondern auf dem Gebiet der Siedlung auch ernsthaft arbeiten, haben mir bezeugt, daß sie nur eines Urteils darüber sind, was unter meiner Amtsführung auf dem Gebiete der Siedlungen geschaffen worden ist. Sorgen Sie auf deutschnationaler Seite dafür, daß die Tausende Ihrer Mitglieder aus dem Großgrundbesitz reichlich Land zu niedrigen Preisen zur Verfügung stellen, dann werden wir schnell vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.).

Abg. Weißermel (Dn.): Es ist klar, daß endlich praktisch für die Siedlung gearbeitet werden muß.

Abg. Freund (U. Soz.): Zwei Fragen stehen im Vordergrund, die Frage der Wohnungsmöglichkeit und die Frage der Arbeitsmöglichkeit Bei der Siedlung zeigt sich der Widerstand des kapitalistischen Systems in der krassesten Weise.

Die Besprechung wird geschlossen. — Zur weiteren Beratung wird die Vorlage an den Siedlungsausschuß überwiesen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen folgt nun die Große Anfrage der Abg. Hoff (Dem.) und Gen. über den

Entwurf des Reichsschulgesetzes für Ausführung des Artikels 146, Abs. 2, der Reichsverfassung betr. Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen.

In Verbindung damit wird der Antrag der Abgg. Frau Kunert (U. Soz.) und Gen. über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen beraten.

Abg. Hoff (Dem.) zur Begründung der Anfrage: Der Entwurf des Reichsschulgesetzes steht mit der Reichsverfassung in Widerspruch. Wir verstehen den Protest des deutschen Lehrervereins und vor allem den Protest der Volksschullehrer. Diese werden durch den Reichsschulgesetzentwurf beiseite geschoben. Die Erziehungsberechtigten und die obersten Verwaltungsbehörden haben, wenn der Reichsschulgesetzentwurf angenommen wird, allein etwas zu sagen. Die Volksschullehrer werden förmlich unter ein Ausnahmegesetz gestellt. Der Reichsschulgesetzentwurf schafft nicht nur hier verschiedene, sondern einen ganzen Nationenkönig von Schularten, denn es gibt zahllose Bekenntnisse und Weltanschauungen. Kommt die Bekenntnisschule, dann bekommen Sie auch die Proletarierschule. Das Volk wird noch mehr zerklüftet. Die Gemeinschaftsschule soll das Selbstverständliche sein.

Abg. Holz (U. Soz.): Wir halten das Reichsgesetz nicht für verbesserungsfähig, wir lehnen es durchaus ab. Es macht die freiheitliche Entwickelung der Schule rückgängig, die durch die ausgezeichneten Verordnungen in den ersten Monaten nach der Revolution eingeleitet war. Wir sind gegen die Sonderschulen, die nach der Ansicht der Regierung für jede konfessionelle oder philosophische Richtung ermöglicht werden soll. Wir halten an dem Ideal der Gemeinschaftsschule fest. Für die Reaktion handelt es sich bei dem ganzen Schulproblem gar nicht um das Verhältnis des Menschen zu Gott, sondern um die Aufrechterhaltung der kirchlichen Macht. (Sehr richtig! links.) Die weltliche Schule wird in aufklärender Weise die Religion so darstellen, daß jedem Kinde die Möglichkeit einer eigenen Anschauung gegeben wird. Sie soll ganz besonders auf die Probleme der Philosophie eingehen.

Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Becker: Das Gesetz ist ein Kompromiß. Zufreden mit ihm ist niemand. Die Schwierigkeit besteht heute darin, daß seit Weimar die Anhänger der weltlichen Schule und die Anhänger der Konfessionsschule sich vermehrt haben. In Weimar konnte man die Simultanschule noch für die Regel halten, heute ist sie aber Ausnahmefall. Dennoch glaube ich, daß der Entwurf eine brauchbare Diskussionsgrundlage liefere.

Auf Antrag des Abg. König (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Die ganze Debatte zeigt, daß im Hintergrund des Schulproblems das Problem der Trennung der Kirche vom Staat steht. Die Kirche merkt, daß die Trennung nicht mehr aufzuhalten ist und sie will sich deshalb rasch möglichst viel Machpositionen in der Schule sichern. Es ist nicht die Sache des Staates, bestimmte Bekenntnisse zu fördern. Diese Auffassung liegt auch der Reichsverfassung zugrunde. Ihr § 146 Abs. 3 spricht vom organischen Ausbau des Schulwesens. Als Basis eine gemeinsame Grundschule und auf dieser Basis eine Gliederung nach den Berufen und nicht nach den Weltanschauungen, nach der Anlage der Kinder und nicht nach den Vermögensverhältnissen der Eltern. Heute ist es so, daß in irgend einem Dorf zwei Konfessionsschulen mit 40 katholischen und 30 evangelischen Kindern bestehen, statt einer Schule. So entstehen Zwergschulen. Das Schulwesen als Ganzes leidet und die Gelder des Staates werden verschwendet. Ueberdies, nur bei den Volksschulen will man die Herrschaft der Konfessionen, bei den höheren Schulen darf das Simultansystem existieren. Warum? Die Antwort ist leicht, die Machtpositionen liegen in der Volksschule. Wenn nicht die volle Weltlichkeit der Schule sichergestellt werden kann, dann sollte doch wenigstens der Sinn des § 146 der Reichsverfassung sichergestellt werden. Dann sollte wenigstens so viel erreicht werden, daß die Simultanschule als Regelfall und die Konfessionsschule als Ausnahmefall erreicht wird. Danach müßte sich auch das Verhalten der Unabhängigen richten, daß wenigstens dieses bescheidenere Ziel erreicht und der Einbruch der Anarchie in das Reich der Schule verhütet wird. (Bravo! links.)

Abg. Oelze (Dn): Auch wir haben an dem Gesetz viel auszusetzen, sehen es aber als eine brauchbare Grundlage an und werden uns bemühen, es zweckmäßig umzugestalten.

Abg. Meyer (Komm.): Das Schulprogramm der Rechtsparteien bedeutet eine geistige Versklavung des Proletariats und es ist bezeichnend, daß gerade mein Vorredner als Pädagoge für dieses Schulprogramm so sehr eintritt. In der Schule soll der Gedanke der Völkerversöhnung gelehrt werden.

Abg. Dr. Boelitz (D. Vp.): Wir bedauern die Zersplitterung, die durch den Entwurf in die ganze Frage hineingetragen ist, wünschen aber auf keinen Fall Zwangsmaßnahmen gegen das Gewissen der Eltern.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Notetat in Verbindung mit kommunistischen großen Anfragen betreffs Beschlagnahme kommunistischer Zeitungen und deutschnationaler Anfrage betreffs Aufhebung der Sanktionen, kleine Vorlagen, Anfrage über das Grubenunglück auf Zeche Constantin der Große. Rest von heute Schluß gegen 7 Uhr.

*

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit der Geschäftslage. Am Mittwoch sollen mit der Beratung des Notetats die Anfragen der Rechtsparteien über die Sanktionen und die kommunistische Anfrage wegen Beschlagnahme der „Roten Fahne" verbunden werden. Man rechnet mit einer lebhaften politischen Aussprache. Am Donnerstag will man das Kommunalabgabengesetz auf die Tagesordnung setzen, an dem z. Zt. der verstärkte Gemeindeausschuß berät. Am Freitag sollen die Sommerferien beginnen, die bis Ende September für die Vollsitzungen dauern sollen. Der Hauptausschuß wird bereits am 23. August seine Sitzungen wieder aufnehmen.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

83. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hal beobachtete mit besonderer Sorge ein Mitglied des Komitees — Mary Burke. Während die anderen verhandelten, protestierten, saß sie schweigend da, mit verkrampften Händen, zusammengepreßten Lippen. Hal wußte, welchen Zorn dieser Mißerfolg in ihr aufrühren mußte. Sie hatte sich erhoben, hatte gekämpft, gehofft, und nun, wie sie es immer vorhergesagt, — war der Erfolg null und nichtig. Er beobachtete, wie ihre großen, mädigkeitsdunklen Augen an dem feurigen jungen Führer hingen. Es mußte sich ein Kampf in ihrer Seele abspielen. Wird sie aus den Reihen treten? Es war ein Prüfstein ihres Charakters, ein Prüfstein all dieser Charaktere.

„Wenn wir bloß stark und tapfer genug sind" — sagte Jim Moylan — „können wir unsere Niederlage dazu verwenden, die Leute aufzuklären, zusammenzubringen. Wenn wir dies jetzt den Männern im Nord-Tal beweisen, werden sie sich nicht als Besiegte fühlen, nicht erbittert gegen die Gewerkschaft sein, werden wissen, daß es bloß warten heißt. Und können wir nicht derart am besten die Herren schlagen, — indem wir unsere Arbeit beibehalten, die Gewerkschaft fördern, bis jede Grube organisiert ist, bis wir streiken und siegen können?"

Nach einer kurzen Pause nahm Mary das Wort: „Wie sollen wir es den Leuten sagen?" Ihre Stimme war ausdruckslos, trotzdem bebte Hals Herz vor Freude; ob Mary hoffte oder nicht, sie wird mit den übrigen Ameisen in Reih und Glied bleiben.

Johann Hartmann erläuterte seine Ideen. Er werde in verschiedenen Sprachen Flugblätter drucken lassen, die die Leute auffordern, an die Arbeit zurückzukehren; diese sollen dann in der Grube verteilt werden. Jerry jedoch widersetzte sich diesem Vorschlag; die Leute werden diesen Flugblättern nicht glauben, werden annehmen, daß sie von den Aufsehern stammen. Hatten denn die Aufseher nicht schon Aergeres getan, einen Brief von Joe Smith gefälscht? Das einzig Mögliche sei, daß einer vom Komitee in die Grube zurückkehre und mit den Leuten spräche.

„Und das muß gleich geschehen" — beharrte Jerry. Morgen früh müssen sie an die Arbeit gehen, sonst werden sie entlassen; und gerade die Besten, die wir uns erhalten sollten."

Die übrigen Mitglieder pflichteten ihm bei; Rusick, der Slawe, langsam von Begriff und Wort, sagte: „Die Leute werden verflucht böse sein, wenn sie die Arbeit verlieren und dann doch kein Streik ist." Und Zammaki, der Grieche, fügte in seiner raschen, nervösen Art hinzu: „Wir haben gesagt Streik!" wir müssen auch sagen: „Nicht streiken!"

Was konnten sie anfangen? Die erste Schwierigkeit war das Verlassen des Hotels, das scharf von den Spitzeln beobachtet wurde. Hartmann schlug vor, sie sollten alle zusammen die Straße betreten, sich dann zerstreuen — allen vermochten in diesem Fall die Spitzel nicht zu folgen; die entkamen, konnten sich in den leeren Frachtwagen verbergen und so ins Nord-Tal zurückkehren.

Moylan jedoch meinte, darauf sei die Gesellschaft gewiß vorbereitet und Rusick, der zeitweilig Vagabund gewesen, sagte: „Sicherlich durchsuchen sie die Waggons. Wenn sie uns aber erwischen, ist der Teufel los."

Ja, es wird eine gefährliche Mission sein, Mary sprach abermals: „Vielleicht, daß es einer Frau leichter gelingen würde."

„Sie werden auch eine Frau schlagen," — meinte Minetti.

„Das weiß ich, doch könnte eine Frau sie besser zum Narren halten. Einige der Bergmannswitwen sind zum Begräbnis nach Pedro gekommen, sie tragen dichte, schwarze Schleier, die das Gesicht völlig verbergen. Vielleicht könnte ich mich als Witwe verkleiden und so in die Grube gelangen."

Die Männer sahen einander an; das war eine Idee! Der grimmige Ausdruck auf Tim Raffertys Gesicht wich einem breiten Grinsen.

„Ich bin auf der Straße Frau Zamboni begegnet, unter der ihrem Schleier könnten wir uns alle verstecken" — sagte er.

Und nun redete auch Hal, zum ersten Mal, seit Tim Rafferty ihm entgegengetreten war. „Weiß jemand, wo Frau Zamboni zu finden ist?"

„Sie ist bei einer Bekannten von mir, Frau Swajta" — erwiderte Rusick.

„Gut" — meinte Hal. — „Ich muß euch etwas sagen, was ihr noch nicht wißt. Nachdem ihr hinausgeworfen, sprach ich zu den Leuten, ließ sie schwören, daß sie am Streik festhalten. Darum muß ich zurückgehen, meine eigenen Worte aufessen. Wenn wir uns auf Schleier und Verkleidung verlassen, so tut's ein Mann ebenso gut wie eine Frau."

Alle starrten ihn an. „Wenn Sie erwischt werden, schlägt man Sie tot" — sagte Wauchope.

„Nein" — entgegnete Hal. — „Das glaube ich nicht. Jedenfalls ist es meine Aufgabe, da ich ja" — dabei blickte er auf Tim Rafferty — „der einzige bin, der unter dem Mißerfolg des Streiks nicht leiden wird."

Eine Pause trat ein.

„Es tut mir leid, daß ich so etwas gesagt habe!" — rief Tim impulsiv.

„Schon gut mein Alter. Du hast bloß die Wahrheit gesprochen, und ich würde gern mein Gewissen ein wenig erleichtern." Hal erhob sich lachend. „Ich werde eine wunderschöne Witwe abgeben und fahre hinauf, um mit meinem Freund Jeff Cotton Tee zu trinken."

*

Hal wollte Frau Zamboni aufsuchen, Moylan jedoch erhob gegen dieses Vorhaben Widerspruch, da die Detektivs Hal bestimmt verfolgen werden. Sogar, wenn alle gleichzeitig das Hotel verließen, so würden sich die Detektivs sicherlich an die Fersen des Erzrebellen und Aufwieglers Joe Smith heften. Schließlich ward beschlossen, Frau Zamboni kommen zu lassen. Sie sollte Frau Swajta oder eine andere englisch sprechende Frau mitbringen und im Hotelbureau nach Mary Burke fragen; als Erklärung möge sie angeben, daß Mary ihr Geld schulde und sie dieses jetzt für das Begräbnis ihres Mannes benötige. Der Hotelangestellte wird vielleicht nicht wissen, wer Mary Burke ist, doch werden die wachsamen Spitzel gewiß den Namen erhorchen; wenn die Frau noch hinzufügt, daß Mary aus dem Nord-Tal komme, würde der eine oder der andere sicherlich wissen, daß sie zum entführten Komitee gehöre.

(Fortsetzung folgt.)

Schuhe, sowie alle anderen Lederwaren färbt man wie neu mit Brauns-Schuh-Wibra.
Wilhelm Brauns, G. m. b. H., Quedlinb 1. Sie Gratisbrosch. Nr. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0002

Selbsthilfe und Bergarbeiterwohnungen

Von Rauschenberg.

Durch die Verordnung der Reichsregierung vom 21. Januar 1921 über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen ist es möglich, daß in den Kohlenbezirken des Reiches weit mehr gebaut werden kann und wird als in den anderen Wirtschaftsgebieten. Die vermehrte Bautätigkeit in den Kohlenrevieren soll dann durch Belegschaftsvermehrung höhere Kohlenproduktion erwirken. Die belagte Verordnung regelt die Verwaltung des Kohlenfonds für den Wohnungsbau und die Regierung hat der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau die Kontrolle übertragen. Die Arbeitsgemeinschaft hat ihrerseits wiederum den Wohnungsbau organisiert in den Treuhandstellen. Die Treuhandstellen haben aus Zweckmäßigkeitsgründen wiederum je nach Verhältnis und Bezirk eine Gliederung eingeführt. Im Ruhrgebiet hat man 16 Bezirkssiedlungen mit weitgehenden Vollmachten errichtet. Die Bezirkssiedlungen, in anderen Bezirken sind es Baugenossenschaften, regeln den planmäßigen Wohnungsbau für die Bergarbeiter. Es ist sehr oft mit Hinweis hierauf von einer Ueberorganisation gesprochen worden. In Konferenzen, Zeitungsartikeln hat man diesen organisatorischen Aufbau dafür verantwortlich gemacht, daß nicht schneller gebaut worden ist. Diese Stimmen sind verstummt. Dafür kommen andere Kreise und machen den Vorschlag, die Bautätigkeit durch die Selbsthilfe der Bergarbeiter zu fördern. Wenn alle die Vorschläge von berufenen und unberufenen Stellen zwecks Beschleunigung des Bergarbeiterwohnungsbaues hätten geprüft werden sollen, wären die maßgebenden Instanzen zu keiner anderen Arbeit gekommen. **Der Vorschlag der Selbsthilfe bedarf jedoch der Besprechung und Bergarbeiter sowie Bauarbeiter haben Anlaß, hierzu Stellung zu nehmen.** Die Befürworter des Vorschlages sagen: „Wenn der Bergmann nach der Schicht für etliche Tausend Mark Hilfsarbeit verrichtet, kann erstens dieses Kapital an den Baukosten gespart und mehr Wohnungen für das gesparte Kapital gebaut werden, zweitens tragen die Bergarbeiter durch ihre Mitarbeit dazu bei, den Wohnungsbau zu beschleunigen." Die Herren berufen sich darauf, daß man an anderen Stellen mit der Selbsthilfe große Erfahrungen gesammelt habe. Der Vorschlag trägt dazu bei, im ersten Moment selbst Bergarbeiter zu blenden und sie dafür einzunehmen. Wenn man der Sache aber auf den Grund geht, kommt man zu einem anderen Resultat. Wir müssen bei der Prüfung und Beurteilung des Vorschlages folgendes beachten. Erstens ist der Vorschlag praktisch durchführbar und verspricht er das, was die Anhänger von ihm erhoffen, welchen Standpunkt müssen die Bergarbeiter-Organisationen im Interesse des Berufs und ihrer Mitglieder einnehmen, drittens liegt es im Interesse der Bauarbeiter, wenn die Bergarbeiter Selbsthilfe verrichten und zuletzt welche allgemeinen wirtschaftlichen Momente sprechen gegen den Vorschlag. Zur praktischen Durchführbarkeit folgendes: Die Anhänger sagen: Die Bergarbeiter sollen nach der Schicht die Hilfsarbeiten, Ausschachten, Straßenbau usw. verrichten. Bei einem konkreten Falle sollte durch diese Selbsthilfe der einzelnen Bergarbeiter 11 000 Mk. erarbeiten, was dann am Baukapital gespart und dem Eigenheimer, der diese Arbeit leistet, auf die rentierliche Hypothek angerechnet werden sollte. Es ist behauptet worden, diese Arbeit nehmen die Bergarbeiter gern auf sich in dem Bewußtsein, dadurch in den Besitz eines Eigenheims zu kommen. In Wirklichkeit besagt es, daß der Bergmann 275 Tage, je Tag 4 Stunden, die Stunde zu 10 Mark gerechnet, Arbeit leisten muß. Jeder, der mit dem Bergbau etwas vertraut, muß sagen, daß dieses eine Utopie ist. Bei der schweren Arbeit im Bergbau kann der Arbeiter nach getaner Schicht eine derartige Leistung nicht vollbringen. Die Stellungnahme der Bergarbeiter zu den Ueberschichten beweist es uns zur Genüge. Wenn man sich auf die Gartenarbeit beruft, so beweist dieses nichts. Es kann kein Vergleich mit der Gartenarbeit und der geplanten Selbsthilfe gezogen werden. Abgesehen davon, um wirtschaftlich zu arbeiten, werden die meisten Bergarbeiterwohnungen in geschlossenen Siedlungen, sehr oft bis zu 100 Wohnungen, errichtet. Aus bautechnischen Gründen muß sich hier die Hilfsarbeit den fachmännischen Arbeiten der Bauhandwerkern anpassen. Es ist unmöglich, die von den Bergarbeitern zu leistende Selbsthilfe so zu organisieren, daß sie in den Rahmen des Bauplanes paßt. Die Unternehmer und auch die sozialen Baubetriebe können sich auf eine derartige Sache nicht einlassen, oder aber sie müssen die sicherlich kommenden Störungen durch Versagen der Selbsthilfe in die Baukosten einkalkulieren und der finanzielle Nutzen ist dahin. Wenn bei diesem oder jenem Falle man bessere Erfahrungen gemacht hat, ich bezweifle es, so lagen dort sicherlich andere Verhältnisse zugrunde, die Selbsthilfe wurde von Bauhandwerkern gemacht. Vom bautechnischen Standpunkt aus muß die Selbsthilfe der Bergarbeiter bei dem Wohnungsbau verneint werden. Wie die Bergarbeiter-Organisationen dazu stehen, bedarf keiner Erklärung. Wir müssen es ablehnen, den Bergarbeitern nach der Schicht noch Arbeit in der Weise zuzumuten. Darüber hinaus gelten die Tarifverträge, die durch die Selbsthilfe nicht durchbrochen werden dürfen. Hierbei darf keine Rücksicht genommen werden auf die Wünsche Einzelner, wenn das Gesamtinteresse dadurch gefährdet wird. Das Bestreben einzelner beruht darauf, den anderen vorweg in den Besitz des Eigenheims zu kommen. Das Bestreben mag gut sein, als Organisation haben wir jedoch nicht das Interesse einzelner zu vertreten, sondern der Gesamtheit. Wollten wir die Selbsthilfe zulassen, würde die bis jetzt aufgebaute Organisation für den Wohnungsbau durchbrochen und ein Durcheinander mit all den mißlichen Nebenerscheinungen wird zum Schaden des Wohnungsbaues Platz greifen. Dazu können wir unsere Hand nicht bieten. Was die Bauarbeiter betrifft, so ist es ihre Sache, zu untersuchen, ob die Selbsthilfe der Bergarbeiter im Interesse der Bauarbeiter zulässig ist. Die gesamten Gewerkschaften müssen aber aus staatswirtschaftlichem Interesse dagegen protestieren, daß, solange es noch arbeitslose Bauarbeiter gibt, Bergarbeiter neben ihrem Beruf zu den Hilfsarbeiten im Baugewerbe herangezogen werden. Auf der einen Seite Ueberarbeit, auf der anderen Arbeitslosenunterstützung. Komme man nicht mit dem Einwand: durch die Mitarbeit bei der Selbsthilfe würde mehr Baukapital zur Verfügung stehen, welches wiederum mehr Arbeit auf dem Baumarkte bringt. Aus dem Dargelegten ist ersichtlich, daß dieses nur eine Annahme ist. Selbst Fachmänner konstatieren die Frage in anderem Sinne. Grundsätzlich darf es in einem Kulturstaat keine Selbsthilfe geben, solange der Staat die nötigen Kräfte zur Verfügung hat; die Hunderttausend Arbeitslosen in Deutschland sind in der Lage, die der Selbsthilfe zugedachten Arbeiten spielend zu lösen. Was werden die Herren sagen, wenn jeder sein eigener Arzt, Apotheker, Polizist usw. sein wollte. Mit demselben Recht, wie bei der körperlichen Arbeit die Selbsthilfe befürwortet wird, kann man es denn auch bei der Bauleitung machen. Ob dann noch die Regierungsfachmänner dieselbe Ansicht vertreten, wollen wir nicht beantworten. Für die Gewerkschaften kann es nur eine Lösung geben: „Jeder für seinen Beruf!"

Briefschnüffelei oder Postüberwachung.

Enthüllungen des „Vorwärts" aus anscheinend recht gut unterrichteten Kreisen lassen einen bezeichnenden Einblick tun in die Art und Weise, wie die Postüberwachung, auf die das Reichsfinanzministerium angeblich aus Gründen der Kapitalverschiebung immer noch nicht verzichten zu können meint, gehandhabt wird. Der Meldung des „Vorwärts", daß, wie im Kriege die Briefe für Mitglieder regierender und ehemals regierender Häuser und deren Angehörige nicht zu prüfen seien, folgte rasch ein Dementi, daß sich eine solche Vorschrift heute nur noch auf fremde Staatsoberhäupter bezöge. Demgegenüber betont jedoch der Gewährsmann des „Vorwärts", daß noch Mitte April einem neuen Angestellten diese Verfügung erneut eingeschärft wurde. Demgegenüber wird verboten, Briefe an „Personen in hervorragender Stellung" — ein sehr weitläufiger Begriff — aus Neugierde zu öffnen. Bei der reaktionären Offiziersclique, die nach wie vor die Briefkontrolle ausübt, liegen die Gründe sehr nahe, die zu solchem Verbot führen mußten; ist es doch allgemeines Gespräch, wie ausnahmslos die Post linksstehender Politiker durchschnüffelt wird. Eine Korruption, die in keinem Verhältnis zum Nutzen steht, ist die Folge einer solchen Zensur heutigen Tags. Drum fort mit ihr.

Neutrales Urteil über die Leipziger Prozesse.

Dem Prozeß gegen General Stenger und Major Crustus hatte bekanntlich auch der Präsident der holländischen Kriegsgerichte, Herr van Sloeten, beigewohnt. Er hat seine Eindrücke in einem dem „Telegraaf" gewährten Interview dahin zusammengefaßt, daß er von der Unparteilichkeit und Objektivität der Richter des Reichsgerichts vollkommen überzeugt worden sei. Herr von Sloeten beabsichtigt, die in Leipzig gewonnenen Eindrücke schriftstellerisch zu verwerten und sie demnächst der Oeffentlichkeit zu übergeben.

In Schweden schreibt „Svenska Dagbladet": Die Leipziger Prozesse erweisen sich als das beste bisher erprobte Mittel gegen den während des Krieges und nachher geführten deutschlandfeindlichen Lügenfeldzug. Die Wahrheit kommt hierbei zu ihrem Recht, und es scheint schon jetzt klar, daß sie weniger gefährlich für Deutschland und für die Angeklagten ist, als die Apostel des Hasses in den Ententeländern hofften.

Aus aller Welt.

Einbruch bei Adolf Hoffmann. Einbrecher besuchten die Wohnung des Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann in der Koppenstraße 6 in der Nacht vom Sonntag zum Montag. Adolf Hoffmann war am Sonnabend mit seiner Frau nach seinem außerhalb Berlins gelegenen Landhaus gefahren. In der Zwischenzeit ist seine Wohnung arg geplündert worden. Große Mengen Kleidungs- und Wäschestücke, Schmucksachen usw. im Gesamtwert von ungefähr 100 000 Mark sind gestohlen worden. Schränke und Behältnisse waren erbrochen und viele Möbelstücke zertrümmert und selbst Wäsche von den Betten abgezogen. Festgestellt ist das Fehlen von 750 Mark barem Gelde, ferner sind gestohlen 44 große und kleine Bettbezüge, 26 Laken, mehrere große und kleine Tischtücher, zwei Dutzend Servietten, mehrere Dutzend Damen- und Herrenhemden, Damen- und Herrenunterwäsche, Anzüge und Kleider und verschiedene Schmucksachen, so Broschen und Ohrringe, Türkisen in Silber gefaßt, ein Korallenschmuck, eine Goldbrosche mit Perlen, zwei goldene Ringe mit Brillanten, zwei goldene Kneifer und andere Gold- und Silbersachen.

Verhaftung einer großen Falschmünzerbande. Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große Falschmünzerbande, die in Westdeutschland und Holland ihr Unwesen trieb, zu verhaften. Die Bande war seit 1919 tätig und war zuletzt in Düsseldorf und München-Gladbach. Dann wurde der Sitz nach Köln verlegt, wo über 11 Falschmünzerwerkstätten ermittelt wurden. Führer war der angebliche Kaufmann Joseph Classen aus Köln. Als man ein anderes Mitglied der Bande, den Arbeiter Ludwig Crell, verhaftete, gestand dieser, vor 12 Jahren in Köln-Mülheim das Dienstmädchen Anna Neubauer ermordet zu haben. Ueber 100 Personen dieser Bande wurden verhaftet. In den Werkstätten zu Düsseldorf, Köln und München-Gladbach wurde das gesamte Falschmünzermaterial beschlagnahmt, außerdem für 400 000 Mark falsche Fünfzigmarkscheine und Einkommensteuermarken. Die Bande hatte Millionen in den Verkehr gebracht, darunter auch falsche holländische Guldenscheine.

Die große Trockenheit. In der Pfalz und in Nordbayern muß infolge der dort herrschenden großen Dürre der Viehbestand zu Schleuderpreisen abgestoßen werden. Von der Regierung wird Abhilfe verlangt durch Abgabe von Frisch- und Trockenfutter. — Im nördlichen Jütland bei Herning ist infolge der Dürre ein großer Heidebrand ausgebrochen, von dem mehrere Dörfer schwer bedroht sind. Die Trockenheit in Holland ist so groß, daß man jetzt das Flußbett der Maas bei Nordbrabant durchweten kann. Die Schiffahrt liegt darnieder.

Mord und Selbstmord. Nach einer Blättermeldung aus Erfurt hat dort der 43jährige Lehrer Emil Lembke seine Frau und seinen dreizehnjährigen Sohn mit einem Hammer erschlagen und sich dann erhängt, weil er seine Familie nicht mehr ernähren zu können glaubte.

Das bestohlene Konsulat. In Hamburg sind in der letzten Nacht Geldschrankeinbrecher in das Konsulat von Großbritannien eingedrungen. Sie haben den modernen Geldschrank auf einer Seite aufgekabbert und 150 englische Pfund in englischen Noten zu 20, 5 und 1 Pfund sowie 8000 Mark deutsches Geld geraubt. Die Täter scheinen sich bei der Arbeit verletzt zu haben.

Raubmord. In Berlin war die dreißigjährige Ehefrau des Geschäftsführers Krell seit dem 24. Mai spurlos verschwunden. Die Kriminalpolizei verhaftete jetzt den Arbeiter Keppe und den Arbeiter Freimuth, die beide geständig sind, die Vermißte im Walde bei Königswusterhausen ermordet und beraubt zu haben.

Parlamentarischer Abend.

Vom * *.

„Der Reichskanzler bittet den Herrn Abgeordneten X. Y. den Abend des 16. Juni bei ihm zubringen zu wollen. Von 8½ Uhr an. U. A. w. g. Z. 407." Der Fraktionsdiener legt eine Karte dieses Inhalts auf mein Pult im Reichstage, und man freut sich für einen Augenblick, einmal eine andere Bitte zu hören, als das täglich dreimalige Petitionieren um eine höhere Ortsklasse, um Teuerungs- und Besatzungszulagen, um Verschonung mit der Miesteuer, um restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft aber um Beibehaltung des Schutzes für das keimende Leben, um Reform des Branntweinmonopols und Erhöhung der Zuckerpreise, um ein Grundstücksumsatzsteuergesetz und für Beschlagnahme des Vermögens der toten Hand und die vielerlei sonstigen Wünsche, Bitten, Forderungen und Drohungen, die der geduldige Vertreter des souveränen deutschen Volkes von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends aus dem Postbüro des Reichstages über sich ergehen läßt.

Der Scharfsinn eines begabten Abgeordneten kommt rasch dahinter, daß der Reichskanzler nicht ihn allein zu sich gebeten hat, obwohl es die Menschenkenntnis des Kanzlers nur ehren würde, wenn er in mir den unter den 460 Abgeordneten erkannt hätte, der wirklich seiner Gesellschaft würdig ist. Also, da liest noch ein Kollege die schön geschriebene Einladungskarte, einer, der schon mehrere Generationen Hosen auf den gelben Ledersitzen des Reichstages durchgewetzt hat. Dem stelle ich eine Gewissensfrage, ob ich in meinem Sommeranzug, der vor dem Kriege einmal von lichter Schönheit gewesen ist, der Einladung des Kabinettschefs Folge leisten kann. Daß man bei sozialdemokratischen Ministern und Reichspräsidenten in geflickten Hosen zu guten politischen Gesprächen schlechte Schnittchen essen kann, wußte ich schon seit Weimar. Jetzt aber winkte ein bürgerlicher Reichskanzler. Der erfahrene Kollege belehrte mich, daß auch der bürgerliche Kanzler die proletarische Kleiderordnung respektiert, die bekanntlich heißt: „ein Rock und ein Gott." Was freilich den Reichstagspräsidenten nicht hindert, zwei schwärzliche Röcke zu besitzen, in deren einen sich für besagten Abend ein Genosse Universitätsprofessor hüllte.

Man findet sich also um 8,30 Uhr abends in dem historischen Hause Bismarcks, Wilhelmstraße 77, ein. Der Sipomann läßt heute ohne Kontrolle passieren. Droben an den mit breitem roten Teppich belegten Stufen steht schon der Reichskanzler. Er macht selber und allein die sogenannten Honneurs, da er nicht verheiratet ist, was für einen redenden und reisenden, nur im Fluge sein Haus berührenden Politiker einen Idealzustand darstellt und ein Glück für die Frau ist, die den politischen Mann nicht bekommt.

Das erste, was einem bei dem Betreten des Saales auffällt, in dem einst Bismarck auf seinem und des Reiches Machtgipfel, dem Berliner Kongreß vorsaß, ist ein beängstigendes Drängen um den Mittelpunkt des Raumes. Wenn du glauben solltest, die Abgeordneten und Pressemenschen und Gelehrten umstünden etwa eine politische oder wissenschaftliche Leuchte, um kein Wort erlesener Weisheiten zu verlieren, würdest du dich irren. Die Herren stehen um eine weißgedeckte Tafel und kauen unter Ueberbrückung aller parteipolitischen Gegensätze um die Wette. Auch die monarchistische Opposition von rechts erweist den republikanischen Brötchen mit Eiern, Wurst und Käse alle Ehre. Die Kommunisten und Unabhängigen aber, wie wahrheitsgetreu berichtet sei, fehlen an des Kanzlers Tische. Bei anderer Gelegenheit freilich konnte ich mit schmerzlichem Bedauern über das Schoßkinden wahrhaft standhafter Grundsätze sehen, wie selbst echte deutsche Moskowiter mit beängstigender Energie Angriffe auf belegte Brötchen unternahmen, die die fluchbeladene Ebertinische Republik gespendet hatte.

Die parlamentarische Abfütterung heute, wie sie wirklich auf keinem proletarischen Feste bescheidener sein kann, bezahlt der Reichskanzler aus seiner Aufwandentschädigung. Dies zur Belehrung solcher mißgünstigen Seelen, die da meinen, wir schlemmten in Berlin auf Regimentsunkosten.

Glücklicherweise ist die Räumung der Schnittchentafel nur die Einleitung des Abends, der in der Tat höheren Zwecken dient. Nur ein verbissener Fanatiker oder politischer Grünling kann glauben, daß eine gedeihliche gesetzgeberische Arbeit möglich sei, wenn man sich zur Wahrung der Grundsatztreue als politischer Gegner immer mit gerunzelter Stirn und rollenden Augen gegenüberstehe. Im Plenum, wo der Tribünen und Presse täglich Reden an die deutsche Nation gehalten werden, die dieser freilich meist noch unbekannter bleiben als die Fichtes vor mehr als einem Jahrhundert, tritt man sich nur in Fechterstellung gegenüber. In den Ausschüssen aber, in den Wandelgängen, auf neutralem Gebiet verstehen sich politisch weit geschiedene Männer und Frauen oft ganz gut, und das ist recht so, denn sonst ließe sich nie eine Verständigung finden. Wie gerne spielte doch im Weimar ein bekannter unabhängiger Abgeordneter seine tägliche Schachpartie mit einem nicht minder bekannten deutschnationalen Mitglied der Nationalversammlung, und wie traten sich, ein in Namen und Ueberzeugung prononciert jüdischer Abgeordneter der Sozialdemokratie und ein antisemitisch gesinnter Abgeordneter der Rechten menschlich nahe.

Hier auf dem parlamentarischen Abend des Reichskanzlers gibt es bunte politische Reihe. Dort an dem Tische sitzen lauter Zentrumsabgeordnete, aber mitten zwischen ihnen ein rheinischer Abgeordneter, der in heißem Kampfe mit dem Zentrum gewählt ist. Kleine parteipolitische Bosheiten sprühen im Gespräche auf, harmlose Sticheleien fliegen hin und her, aber ein herzliches Lachen erstickt jedes Mißverständnis. Uebelgenommen wird hier nicht. Wenige Schritte weiter ist eine erlauchte Tafelrunde beisammen. Der alte Molkenbuhr, Dernburg, Rathenau, Löbe, Rosen, eine bayerische Volksparteilerin, die gar nicht ergeschverdächtig aussieht, und neben ihr der alemanisch gesunde und fröhliche Kanzler. Aller Lippen hängen an den Worten eines der Kunst beflissenen süddeutschen Abgeordneten, der weniger durch seine stark angezweifelte Pflichttreue auf dem Christenführersitz als durch eine unerschöpfliche Fülle von bayerischen „Schmarrn" berühmt und beliebt ist. Die Höhe seiner humoristischen Leistungsfähigkeit soll er freilich erst zwischen drei und vier Uhr morgens erreichen, aber so lange dehnen sich parlamentarische Abende nicht aus.

Man verkannte sie, wollte man solche Zusammenkunft nur heiter bewerten. Die drei, die dort in der Ecke beisammensitzen und die Köpfe aneinander stecken — ein Sozialdemokrat, ein Zentrumsmann und ein Staatssekretär — erörtern irgendeinen schwierigen Paragraphen des Kulturgesetzes. Ich versehe ihr Gespräch nicht, aber ich wette, es geht um die Vorlage über die rationelle Ernährung der Kinder, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0003

gerade den Ausschuß beschäftigt. Dort der hochgewachsene, elegante Staatssekretär Lewald, der monarchischen und republikanischen Regierungen mit der gleichen Begeisterung dient, deichselt sicher eine kleine parlamentarische Schiebung mit dem Volksparteiler, auf den er so eifrig einredet. Auf dem Sofa drüben sitzt der Wiederaufbauminister Rathenau neben dem Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", dem vielgenannten Herrn Georg Bernhard, der sich in diesem Gespräch Anregung für seinen nächsten Leitartikel holt. Auch der weniger bekannte Abgeordnete angelt sich hier einen Staatssekretär und dort einen Ministerialdirektor, um sich Auskünfte zu holen oder Wünsche vorzubringen. Der Präsident des Reichstages aber hat allenthalben seine kurzen Beratungen, und wird darin nur noch von dem Wirt des Hauses, dem Kanzler, übertroffen, der sich Mühe gibt, möglichst mit allen Gästen einige Worte zu wechseln. Ein Stimmengewirr erfüllt die wenigen Räume, die uns geöffnet sind. Ein Hin und Her, ein Kommen und Gehen, Auf und Ab, ein lebhaftes Reden und Gestikulieren wohin man kommt, wohin man sieht. Gegen 11 Uhr lichten sich die Reihen. Zwanglos, wie man kam, verläßt man das Kanzlerhaus. Höflich, aber kaum ernst gemeint, bietet uns ein Minister sein Auto für die Heimfahrt an. Eine dankende Ablehnung. Drüben hockt tiefdunkel der Rand des Tiergartens. Die Linden duften, die Linden! Und auf den Wiesen tanzen Glühkäferchen in leuchtenden Bogen ihr Hochzeitslied.

Notizen.

Opfer des irischen Bürgerkrieges. Nach amtlichen Meldungen wurden in der vorigen Woche bei dem Aufruhr in Belfast 40 Personen getötet, 102 verwundet und 82 Häuser durch Feuer vollständig sowie 41 zum Teil zerstört.

Griechische Offensive. Aus Smyrna eingelaufene Telegramme melden, daß griechische Truppen die Offensive begonnen haben, indem sie an vier Stellen der Front vorgegangen sind.

Gegen die Verwendung schwarzer Truppen. In Amsterdam hat sich laut „Allgemeen Handelsblad" eine Kommission gebildet, die sich zur Aufgabe gemacht hat, in allen Städten Komitees zu bilden, um gegen die Besetzung der Rheinlande durch schwarze Truppen Einspruch zu erheben.

Besteuerung der Religionsgesellschaften in Bayern. Das bayerische Kultusministerium legte den Entwurf eines religionsgesellschaftlichen Steuergesetzes vor. Die Umlagen dürfen nur nach Einvernehmen des Kultusministeriums und des Finanzministeriums 5 v. H. der zugrunde liegenden Reichs- und Landessteuern, jedoch niemals den Betrag von 10 v. H. übersteigen. Das Gesetz soll Rückwirkung vom 1. April 1920 ab bekommen.

Wetterbericht

Wetter am 14. Juli (Donnerstag):

Vielfach heiter, trocken, warm.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Willi Lanzke, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Walhalla-Theater.
Donnerstag, Freitag und Sonnabend
Auf vielseitigen Wunsch Wiederholung:
Der Affenbaron.
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Tageskasse 10—1 und ab 6 Uhr.
Beginn ½8 Uhr.

Bad Wittekind und Zoo.
Donnerstag, den 14. Juli 1921 von 4 Uhr nachmittags ab
Halki
„die große Hallesche Kirmes".
Künstlerische Leitung: die Herren Adalbert Kriwat, Willy Schur
Eintrittspreis zu allen Veranstaltungen 8 Mark und Steuer. für Wittekind und Zoo-Abonnenten 6 Mark und Steuer.
(Zoo-Konzerte für Zoo-Abonnenten frei!)

„VOLKSPARK", Burgstr. 27
Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr
Volks-Sinfonie-Konzert
des städtischen Theater-Orchesters.
Dirigent: Kapellmeister **Hans Stieber.**
Solist: Solocellist **Franz Weise.**
Eintrittspreis einschl. Billetsteuer Mk. 2.—

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Merseburg a. S.,
Seffnerstr Nr. 4.
Freitag, den 15. Juli, abends 7 Uhr in der Funkenburg
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
Sekretär Tost, Mitglied des Hauptvorstandes Stuttgart, spricht zu dieser Tagesordnung.
1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Vorschläge der Kandidaten
Am Saaleingang Bücherkontrolle.
Die Ortsverwaltung.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Hauptbüro daselbst, Harz 42/44. Fernruf 6900.
Für die Agitation: Zimmer 12
Reinh. Drescher, Heinz Flücht, Sekretäre.
Kasse: Zimmer 38. Herm. Kunzemann Kassierer.
Postscheckkonto 87 575 Leipzig.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Merseburg. Ortsverein (SPD.). Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Tivoli". Zimmer 1. Tagesordnung: 1. Vortrag über Marx. Referent Genosse Wagner-Dürrenberg. 2. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. 3. Parteiangelegenheiten. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Weißenfels. Donnerstag, den 14. Juli, abends ½8 Uhr, Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hansen-Kiel. 2. Abrechnung. 3. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. 4. Geschäftliches. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Der Vorstand.

Nauendorf. Am Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, findet im „Französchen Lokal" (Nauendorf) eine öffentliche Aufklärungsversammlung statt. Referent: Reichstagsabgeordneter Weigand-Bremen. Männer, Frauen und Mädchen erscheint in Massen.
Der Vorstand der SPD. (Ortsgruppe Nauendorf.)

Genosse Severing-Berlin (ehemaliger preußischer Innenminister) spricht in:

Hettstedt. Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr im „Preußischen Hof".

Großörner. Dienstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, im „Goldenen Löwen".

Leimbach. Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, beim Wirt „Schmelzer".

Klostermansfeld. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, beim Wirt Mehrmann, „Hohenzollern".

Helbra. Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr.

1 Waggon
Porzellan-Gebrauchsgeschirr
zu ganz besonders billigen Preisen.

Speiseteller, tief u. flach, 24 cm	3,50	Kaffeekannen	4,75
Abendbrotteller	1,90	Zuckerdosen	1,10
Kompotteller	1,25	Milchtöpfe	1,10
Bratenplatten	5,50	Tassen mit Untertasse	2,00
Saucieren	8,75	Obertassen	1,50
Terrinen	14,00	Schokoladentassen	1,25
Kaffeeservice für 6 Personen	38,75	Kuchenteller	3,50
Kaffeeservice für 2 Personen	19,50	Salatschüsseln	4,75

1 Waggon Glas:
Teller, Schüsseln, Biergläser, Wassergläser, Schnapsgläser, Limonadengläser, Weingläser, Zitronenpressen, Fliegengläser, Likörservice. Bierservice, Kompottsätze, Eisschalen, Vasen.

1 Waggon Emaille:
Eimer, Schmortöpfe, Maschinentöpfe, Wasserkessel, Trinkbecher, Kaffeekannen, Kaffeeflaschen, Milchkrüge, Essenträger, Schüsseln, Teller, Schöpflöffel, Kehrschaufeln, Bratpfannen.

Selten günstiges Angebot für Private, Restaurationen, Gartenwirtschaften usw.
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster,
Burghardt & Becher
Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte.
Fernruf 1226 und 4560. Leipziger Straße.

Gewerkschaftskartell und Ortskartell der Afa Weißenfels.
Freitag, den 15. Juli 1921, abends 7 Uhr
im „Volkshaus" (Wintergarten)
Lichtbilder-Vortrag
über die deutsche Reichsverfassung.
Vortragender: **Dr. Berger,** Merseburg.
Zu diesem beginnenden Vortragskursus werden alle freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen eingeladen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünschen
Die Kartellvorstände.

Ausschußwahlen
zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.
A. Wahl der Versicherten.
Die von den Versicherten eingereichten Wahlvorschläge Nr. 1 und 2 sind zugelassen worden.
Wahlvorschlag 1 fängt an: **Rienecker, Emil,** Maler.
" 2 " " **Herfurth, Friedr.,** Fabrikarb.
Der Wahltermin findet im **Tivoli**
Sonntag, den 17. Juli 1921, vorm. 10 bis nachm. 5 Uhr, statt.
Die Stimmabgabe ist an diese zwei Wahlvorschläge gebunden.
Wahlberechtigt ist jedes über 21 Jahre alte Mitglied. Als Wahlausweis gilt die vom Arbeitgeber auszustellende Arbeitsbescheinigung, worin das Alter des Mitglieds angegeben sein muß, oder die quittierte Mitgliedskarte.
Vordrucke zu Arbeitsbescheinigungen können bis zum 16. Juli, nachm. 5 Uhr, im Kassenlokal, Poststr. Nr. 1, in Empfang genommen werden.
B. Wahl der Arbeitgeber.
Da nur ein Wahlvorschlag von den Arbeitgebern eingereicht wurde und die Stimmabgabe an diesen Wahlvorschlag gebunden ist, gelten die auf demselben genannten Personen als gewählt. Der auf den 18. Juli 1921 für die Arbeitgeber bestimmte Wahltermin findet aus diesem Grunde nicht statt
Merseburg, den 9. Juli 1921.
Der Vorstand. Engel.

Bitterfeld
Bekanntmachung
betr. Weißbrot- und Zwiebackbäckerei.
Vom 17. Juli ab wird die Herstellung des Weißbrotes und Zwiebackes den Bäckereien von **Klaus,** Dessauerstr., **Mucke,** Burgstr., **Forth,** Inn. Bismarckstr., **Müller,** Kirchstr., **Schmidt,** Greppinerstr., und **Petermann,** Inn. Bismarckstraße, übertragen.
Bitterfeld, den 11. Juli 1921.
Der Magistrat. Richter.

Papst, Kaiser und Sozialdemokratie
in ihren Friedensbemühungen
im Sommer 1917.
von
Philipp Scheidemann.
Preis 5.— Mark.
Buchhandlung Volksstimme.
Grosse Ulrichstrasse 27.

Ich zahle für
Kupfer 11, Rotguss 7, Messing 3, Blei 2,50, Zink 1,50—2 Mk., Bücher und Zeitungen 40 Pf., Alt-Papier 20 Pf., Lumpen 20—30 Pf., Alt-Eisen 30 Pf., Guss 40 Pf., alles per Kilo
Ferner Knochen usw. zu nur höchsten Preisen.
— Abholungen kostenlos. —
Anna Theuring
Telephon 4263
Nur Große Wallstr. 42

Myrten-Kränze
echt Silber, versilbert und vergoldet, mit Strauß, zu 10 bis 600 Mk. sehr billig.
Juwelier Tittel,
Spezialhaus für Myrtenkränze.

Wer guten Verdienst sucht, sende seine Adresse unter K. 202 an die Exped. d. Ztg.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 14. Juli. Anfg. 7½, Ed. 10¼ Uhr
Als ich noch im Flügelkleide
Ein fröhliches Spiel v. Kehm und Frehsee.
Freitag: Nachtasyl.

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren, sowie Schmucksach. übernimmt bei solid. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Steinstraße 85. (gegenüber Barfüßerstraße).

Für Kinder- u. Gartenfeste
Laternen, Fackeln, Tragstäbe, Abschießsterne, Abschießvögel, Geschenk-, Verlosungs- u. viele andere Artikel, Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzband, Festabzeichen, Eintritts- und Garderobenblocks, Girlanden, Fähnchen für Garten- und Saaldekorationen aller Art, Willkommen-Schilder billigst wie bekannt bei
Paul Lange,
neben Apollo Merseburgerstr. 168, nähe Riebeckplatz
Telephon 3477.
Sonntags geschlossen.

Für Turner-, Radfahrer-, Sänger-, Bergleute-, Schützenfeste, empfehle
Garten- und Saaldekorationen
sowie
Kinderfest-Artikel, Laternen, Fackeln, Polonaisenstäbe, Fahnen, Abschiessvögel, Sterne, Scheiben, Fest- u. Vereinsabzeichen, Eintritts- und Garderobeblocks, Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzband etc. in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Albin Hentze,
24 Schmeersirasse 24.

Kaufgesuche
Alle Sorten
Häute, Felle, Wolle, Tierhaare
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz
2 Fischerplan 2.

Riesen-Auswahl
Jungmann-Bälle
Mk. 38.- 48.- 58.- 68.-78.-
Wettspielbälle
M. 75- 85- 95- 125- 145-165-.
Gummiblasen prima
Fußballstiefel Jugendstiefel
dauerhaft, billig.
Dreß, Hosen, Stutzen.
J. Schärer & Cie.
Gr. Ulrichstr. 40.
Eingang Kaulenberg.

Stellen finden
1 Schuhmacher
sucht sofort, Logis wird besorgt.
M. Höcke, Naumburg,
Neußenplatz 22.

Maurer
stellt sofort ein
Hensel,
Bauausführungen G. m. b. H.
Meldung im Büro
Mauerstraße 3—4.

Für Wiederverkäufer!
Lederpantoffeln
(sächsisches Fabrikat)
liefert aus bestem Material in durchgenäht und holzgenagelt, mit und ohne Futter, sowie gepolstert zz billigsten Preisen.
Ständiges Lager in Lederhaus- und Spangenschuhen, Plüschpantoffeln und Dachdeckerschuhen.
Leder-Pantoffel-Versandhaus
Steinweg 24 HALLE a. S. Steinweg 24.

Kupfer | Rotguss | Messing | Blei
Lumpen | kauft zu höchsten Preisen **Philipp Schwabach** Raffineriestrasse 44 :: Tel. 6237. | Wolle
Papier | Bücher u. Zeitungen | Alteisen | Händler erhalten hohe Preise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0004

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung.

Abschluß der Etatsberatungen. — Die riesige Wohnungsnot in Halle. — Unabhängige und Kommunisten lehnen den Gesamtetat ab.

Die heutige Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich mit weiteren Beratungen über den Haushalt 1921. An die Berichterstattung über Kap. II Grundeigentum schließt sich eine ausgedehnte Debatte an. Vom Stv. Illgenstein (Komm.) wird die jetzige Pachtwirtschaft der Stadt kritisiert. Er bemängelte den niedrigen Pachtzins, den die Pächter des städt. Grundbesitzes zu zahlen haben und bittet den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, die 2 Prozent der Grundsteuer ihnen aufzulegen. Stadtrat Fischer geht auf die Pachtvertragswirtschaft ein und betont noch, daß die Stadt beim Abschluß von Pachtverträgen bei den kleinen Pächtern mehr Entgegenkommen gefunden hat als bei den größeren. Diese haben sich in einem Verband zusammengeschlossen. Stv. Albrecht (Unabh.) erwähnt den Vertrag mit dem Rittergut Besen, der vorsah, daß der Pächter Arnicke nur deshalb einen so niedrigen Pachtsatz zu zahlen hatte, weil er die Verpflichtung übernahm, Arbeiterwohnungen zu bauen. Davon ist jetzt Abstand genommen worden. Der Redner drückt seine Verwunderung über die jetzige Aenderung des Pachtvertrages aus. Stadtrat Fischer stellt fest, daß nicht die Stadt, sondern das Pachteinigungsamt die Aenderung vorgenommen hat. Von ihm ist der Stadt der Vertrag oktroyiert worden. Stv. Gelhaar (Unabh.) erkennt an, daß Stadtrat Fischer bestrebt ist, „das von den Pächtern herauszuholen, was herauszuholen ist". Im übrigen stellt er aber fest, daß die Verhältnisse in den städt. Grundstücken sehr schlecht sind. Die Dickköpfigkeit der Agrarier ist gerade bei unseren städt. Pächtern zu konstatieren. Für uns kann eine zukünftige Verpachtung der städt. Güter nicht mehr in Frage kommen. Es sprechen zu diesem Kap. ferner noch Günther (Komm.), Stadtrat Fischer, Illgenstein (Komm.) und der Berichterstatter Stv. Steindrück (Dn.). Es sind inzwischen zwei Anträge von den Kommunisten eingegangen, deren einer fordert, daß von den Pächtern die Grundsteuer als Zuschlag auf den Pachtsatz eingezogen wird, während der andere besagt, in Zukunft alle vom Pachtvertrage freiwerdenden Grundstücke in eigene Regie zu übernehmen. Der erste Antrag wird angenommen, während der zweite mit 24 gegen 24 (Rechte gegen Linke) abgelehnt wird. Die Stimme des Stv.-Vorstehers gibt den Ausschlag.

Bürgermeister Seydel äußert sich danach zu dem in der letzten Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrag des Stv. Gelhaar: Für Fortbildungsschüler zum Besuche der Kunstgewerbeschule an Erziehungsbeihilfe 50 000 Mk. festzusetzen. Der Magistrat ist der Meinung, daß 32 000 Mk. für dieses Jahr genügen, da nur noch ein Semester in Frage kommt. Für Lernmittel genügen 2000 Mk. Die Auswahl der in den Genuß der Beihilfen kommenden Schüler nimmt das Kuratorium vor.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

Beim Kapitel Landwirtschaftsbetrieb erwähnt der Stv. Illgenstein (Komm.) auch die Selbstbewirtschaftung des ehemaligen Flugplatzes und stellt fest, daß er sich schon in einem Jahre herausgewirtschaftet hat. Stv. Albrecht (Unabh.) erklärt, daß ihm vom Stadtrat Osterburg oft gesagt wurde, welche Schwierigkeiten ihm hinsichtlich der Bewirtschaftung des Flugplatzes gemacht wurden. Der Etat wurde darauf angenommen.

Der Etat der Mittelschulen wurde ohne Aussprache angenommen.

Zum Kap. Evangelische Schulen nimmt das Wort Bürgermeister Seydel. Er führte aus, daß im Haushaltungsausschuß die Kosten für freie Lernmittel von 170 000 auf 370 000 Mark festgesetzt worden sind. Diese Mittel können in diesem Jahre aber garnicht mehr angewandt werden, da die Neuanschaffungen von Bücher erst im nächsten Jahre erfolgen kann. Der Magistrat ist der Ansicht, daß in diesem Jahre 250 000 Mk. genügen würden und die Schuldeputation für das nächste Jahr die neue Summe festsetzen kann. Stv. Gelhaar (Unabh.) beantragt, die Differenz zwischen der beantragten 370 000 Mk. und den vom Magistrat in Aussicht genommenen 250 000 Mk. in Höhe von 120 000 Mk. als Erziehungsbeihilfen zu gewähren. Stadtrat Dr. Truschel ist der Ansicht des Magistrats und meint, daß mit 250 000 Mk. für Lernmittel auszukommen ist, da die Stadt sehr günstige Abschlüsse in Schreibheften usw. getätigt hat. Die Erziehungsbeihilfen kommen nicht in Frage für Volksschüler, sondern nur für die höheren Schulen, so daß der Antrag nicht am Platze ist.

Genosse Wilke: Für Lernmittel würden nach meiner Kostenaufstellung ein Betrag von 500 000 Mk., bei Selbsteinkäufen durch die Gemeinde käme ein Betrag von 350 000 Mk. in Frage; im Selbstverlage der Stadt könnten aber die Lernmittel schon für 225 000 Mk. beschafft werden. Diese Zahlen sind in anderen Städten schon ausgeprobt worden. Der Antrag des Magistrats genügt, um das zu erreichen, was wir in diesem Jahre vornehmen können.

Stv. Hoß (Dem.) stellt den Antrag, den Antrag Gelhaar an den Schulausschuß zu überweisen.

Bei der Abstimmung ergibt sich Ablehnung der sofortigen Durchführung des Antrages Gelhaar. Beschlossen wird, den Antrag an den Schulausschuß zu überweisen. Damit wird der Etat angenommen.

Zum Etat für die Katholische Volksschule wird ein Antrag von Manschewski (Dem.) die Kosten für Lernmittel auf 3000 Mk. zu erhöhen, angenommen.

Stv. Mendorf (Komm.) bemängelt beim Kapitel Gewerbliche Fortbildungsschule, daß zu wenig Junglehrer dort Stunden geben. Von unserem Genossen Wilke wurde darauf hingewiesen, daß die Leitung der Fortbildungsschule sich schon mit diesen Wünschen beschäftigt hat. Für die Stunden, welche in der Fortbildungsschule zu geben sind, gehöre aber eine gewisse Fachbildung, weshalb nicht wahllos Junglehrer eingestellt werden können. Der Etat findet alsdann Annahme.

Ohne Debatte werden die Etats der Gewerbeschule, des Schulmuseums, des Stadttheaters, des Thaliasaals, des Museums, vom Zoo und Mittelrind, des Armen- und Fürsorgewesens, des Feuerlöschwesens, der Hoch- und Tiefbau-Verwaltung, der Stadtentwässerung, der Straßenreinigung und -Beleuchtung, der Gartenverwaltung und der öffentlichen Gesundheitspflege angenommen.

Beim Kapitel Gemeinnützige Zwecke (Mieteinigungsamt) ergreift Stv. Mendorf (Komm.) das Wort: Als Mitglied der Wohnungsdeputation spricht er sein Bedauern darüber aus, daß der Magistrat im Etat des Wohnungsamtes Streichungen vorgenommen hat. Die Vermehrung des Personals ist eine Notwendigkeit. In anderen Städten sind für das Wohnungsamt bedeutend höhere Summen festgesetzt worden. — Redner geht nun auf die Arbeit des Wohnungsamtes ein und zeigt an zwei markanten Fällen, die fast unglaublich erscheinen, mit welcher Rigorosität die sogenannten gebildeten und besitzenden Stände sich ihrer Pflicht bei der Abgabe von Wohnungen zu entziehen wissen. Ein Herr Königl. Oberamtmann Leuthäuser, Friedenstraße, weigerte sich, Räume aus seinem Hause mit 18 Zimmern, die mit sieben bis acht Personen bewohnt werden, zur Verfügung zu stellen. Er hat einer Kommission sogar den Zutritt verweigert. Der Herr Oberamtmann ist dann vom Schöffengericht mit ganzen 150 Mk. „bestraft" worden. Nachdem das Mieteinigungsamt in Kraft geteten ist, hat dieser „königliche" Beamte die Unverschämtheit besessen, sich beim Regierungspräsidenten über den Spruch des Mieteinigungsamtes zu beschweren. Der Redner geht alsdann auf die

ungeheure Wohnungsnot in Halle

ein. Es sind gegenwärtig 16 848 Wohnungsuchende vorhanden. Davon entfallen auf Einheimische 13 282, auf Flüchtlinge 1254 und auf Zugezogene 2312. 9521 Wohnungsuchende liegen noch vor. Beschlagnahmt worden sind in Halle bisher 2000 Wohnungen. Neubauten sind bis jetzt 350 aufgeführt worden. Die elf Millionen, welche für Wohnungsbauten ausgeworfen worden sind, reichen bei weitem nicht aus. Wie schwer das Wohnungselend auf Halle lastet, geht noch aus folgenden Zahlen hervor. 189 Familien verfügen nur über je einen Raum. In überfüllten Räumen sind 1041 Familien untergebracht. 378 Familien wohnen in gänzlich ungenügenden, feuchten Wohnungen, die früher von der Baupolizei glattweg verboten worden wären. 189 Familien haben Notwohnungen inne. Weitere krasse Fälle, welche der Stv. Mendorf vorbringt, beleuchten die Mißhelligkeiten, denen das Wohnungsamt ausgesetzt ist. Dem Gerichtsarzt Professor Schulze in der Reilstraße hat man im Dachgeschoß eine Familie zwangsweise eingemietet. Ein Kind dieser Familie erkrankte an Scharlach und ein Kind des Professor Schulze wird angesteckt. Beide Kinder sind am Leben geblieben, aber Professor Schulze hat gegen die Direktion des Wohnungsamtes Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen fahrlässiger Körperverletzung gestellt. Die Sache ist noch nicht entschieden. Wenn die Leute mit großen Wohnungen ein Einsehen in die Not ihrer Mitmenschen hätten, würde manche Familie noch untergebracht werden können. Die Kasernen, vor allen, die Artilleriekaserne, müßten für Wohnungen freigegeben werden. In der kapitalistischen Gesellschaft läßt sich aber die Wohnungsnot nicht beseitigen. Das ist erst im kommunistischen Staate möglich. In der Königstraße besitzt übrigens eine Witwe, die krank ist und das Haus nicht verlassen kann, mit ihrem Sund acht Räume. Die Räume sind in der Hauptsache dazu da, daß der Hund „spazieren" geht, da die Witwe nicht auf die Straße gehen soll.

Stadtrat May kommt ebenfalls auf die Wohnungsnot in Halle zu sprechen. Ueber die geringe Bautätigkeit gibt er folgende Zahlen bekannt: 1907 wurden jährlich 853 Wohnungen gebaut, während des Krieges aber nur 109 und im Jahre 1919 80. 1920 hat sich die Zahl auf 280 erhöht. Andere Städte stehen in der Beschlagnahme von Wohnungen weit hinter Halle. Bei der Verteilung der Baukostenzuschüsse ist Halle sehr schlecht behandelt. Für dieses Jahr nur 1½ Millionen. Wir haben im Stadtparlament so viele Parteien. Ich bitte, daß sie alle in Berlin bei der Regierung ihren Einfluß geltend machen, damit Halle künftig mit den Bauzuschüssen besser behandelt wird. Die Siedlungsgesetzgebung, die auf dem Papiere so gut aussieht, hat in der Praxis bisher recht wenig geleistet. Der Etat wird darauf angenommen.

Vom Magistrat sind beim Kapitel Gemeinnützige Zwecke für die Robert Franz-Singakademie statt bisher 4000 Mk. Unterstützung 1800 verlangt worden, während der Haushaltsausschuß nur 10 000 Mk. festgesetzt hat. Es entspinnt sich um das Prinzip der Bewilligung von Geldern an Gesangvereine eine lange Debatte, in der Stv. Herold (D. N.) für den Magistratsantrag eintritt. Vorsteher Keil beantragt, dem Lehrergesangverein, der eine Eingabe gemacht hat, ebenfalls 10 000 Mk. zu gewähren, und Stv. Knauthe (Komm.) für den Arbeitergesangverein die gleiche Summe verlangt. Die Abstimmung ergibt Annahme der Anträge, jedem Verein 10 000 Mark zu bewilligen.

Nunmehr kommt es zur

Abstimmung über den Gesamtetat.

Vorher ergreift für die Unabhängigen Stv. Albrecht und für die Kommunisten Stv. Günther das Wort. Ersterer gibt in kurzen Zügen die Gründe der Ablehnung des gesamten Etats seitens der Unabhängigen bekannt, während Stv. Günther eine lange Programmrede hält, um zum Schluß ebenfalls den ablehnenden Standpunkt der Kommunisten kundzugeben.

Von unserem Genossen Gerig wurde ausgeführt, daß die Fraktion der S. P. D. den Etat annehmen werde. Wenn wir auch nicht mit jedem einzelnen Kapitel zufrieden sind und demgemäß unsere Kritik angelegt haben, so können wir es doch nicht verantworten, durch Ablehnung des Etats die Stadt in ungeheure wirtschaftliche Schwierigkeiten zu stürzen.

Nach diesen Erklärungen wird die Abstimmung vorgenommen, sie ergibt Annahme des Etats gegen die Unabhängigen und Kommunisten.

Damit erreicht abends 9 Uhr die öffentliche Sitzung ihr Ende.

(Eine Würdigung der Vorgänge in dieser Stadtverordnetenversammlung behalten wir uns für morgen vor.)

Streik in den Hallischen Sägereibetrieben.

Nachdem das Lohnabkommen des Sägereitarifes der Hallischen Sägereibetriebe am 31. Januar 1921 abgelaufen war, sahen sich die Sägereiarbeiter genötigt, auf Grund der bestehenden Teurung, Lohnforderungen zu stellen. Bereits am 16. März d. J. trat die zuständige Organisation, der Holzarbeiterverband, an die Arbeitgebervereinigung mit dem Ersuchen an dieselbe heran, über eine Lohnaufbesserung für die Sägereiarbeiter mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln.

Dieses wurde auf wiederholtes Ersuchen rundweg von Seiten der Arbeitgeber abgelehnt. Die Sägereiarbeiter sahen sich nun veranlaßt, den Schlichtungs-Ausschuß anzurufen. Die Forderungen der Sägereiarbeiter betrugen durchschnittlich für Männliche 75 Pfg., und für die Weiblichen 35 und 15 Pfg.. Am 2. Juli fällte nun, nachdem die Arbeitgeber jedwede Einigung ablehnten, der Schlichtungs-Ausschuß einen Spruch, der den Sägereiarbeitern eine Lohnerhöhung von 45—65 Pfg für männliche Arbeiter und 15—35 Pfg. für Arbeiterinnen pro Stunde Zulage zuerkannte. Die Sägereiarbeiter erklärten sich bereit, den Schiedsspruch anzuerkennen, trotzdem einige Abzüge von ihrer ursprünglichen Forderung vorgenommen wurden. Die Arbeitgeber hingegen taten sich einige Tage Bedenkzeit aus. Eine Woche später erklärten diese nun auf einmal, den Schiedsspruch nicht anerkennen zu wollen. In einer Sägerversammlung am 11. Juli wurde in einer sehr erregten Aussprache, in welcher die sehr berechtigte Empörung der Sägereiarbeiter zum Ausdruck gelangte, eine Entschließung mit 115 gegen 7 Stimmen angenommen, welche sich für den sofortigen Eintritt in den Streik erklärte. Von Seiten der Betriebsräte von fünf Sägereibetrieben wurde am 12. Juli früh nochmals versucht, eine Einigung zu erzielen, aber auch diese wurde wiederum von Seiten der Arbeitgeber abgelehnt. Darauf traten in allen Sägereibetrieben rund 150 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik.

Die Unternehmer haben es nun selbst in der Hand, eine Verständigung herbeizuführen. Wir erwarten selbstverständlich von der übrigen Kollegenschaft, den Sägereiarbeitern nicht in den Rücken zu fallen.

Streikleitung der Sägereiarbeiter.
Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Partei-Angelegenheiten.

Funktionärsitzung. Heute Mittwoch abend 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Unterbezirk I. Mittwoch abend 6 Uhr Vorstandssitzung bei Wilsdorf.

1., 2. 4. und 5. Distrikt. Donnerstag abend 8 Uhr Versammlung im Restaurant Müller, Mansfelder Str. 11. Die Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Frauengruppe der S. P. D. Freitag abend 8 Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Lichtbildervortrag „Die Reichsverfassung". Referent: Genosse Heine. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Metallarbeiter. Die Kollegen werden ersucht, zu der am Donnerstag, dem 14. Juli, abends 7 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, stattfindenden Mitglieder-Versammlung, in welchem das Mitglied des Vorstandes Kollege Tost aus Stuttgart über Moskau oder Amsterdam sprechen wird, ferner die Aufstellung der Kandidaten zu der bevorstehenden Generalversammlung in Jena erfolgen, sowie die Kündigung des Lohnabkommens mit dem Verband der Metallindustriellen besprochen werden soll, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kein Einlaß. Die Ortsverwaltung.

Freier Sängerchor Halle. Freitag abend ½8 Uhr Treffpunkt am Walhalla-Theater zum Ständchensingen. Hierzu werden alle Sänger erwartet. Anschließend Singstunde.

Der Prozeß Scheidecker vor dem Sondergericht.

Montag begann vor der Krüger-Kammer der auf zwei Tage festgesetzte Prozeß gegen den Aufstandsführer Scheidecker und zehn Genossen aus Bitterfeld. Der Vertreter der Anklage ist Staatsanwaltschaftsrat Luther. In die Verteidigung der Angeklagten teilen sich die Rechtsanwälte Hegewisch, John, Dr. Pfeiffer und Justizrat Herzfeld.

Gegen die Angeklagten Gustav Scheidecker, Franz Kaszmirczek, Hermann Berger, Franz Retske, Otto Noack, Willi Günther, Walter Scharfenberg, Paul Hennig, Wilhelm Petruschke und Hans Gerber, sämtlich aus Bitterfeld oder Ramsin, wird Anklage wegen Hochverrates, Landfriedensbruches, Aufruhrs, Bildung bewaffneter Haufen und groben Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz erhoben. Scheidecker, Petruschke und Berger wurden noch des Mordes oder Mordversuches beschuldigt, da sie in die Tötung des schon im Hölzprozeß vielgenannten Gutsbesitzers Heß verwickelt sein sollen.

Alle diese Verbrechen soll der Zug der Bitterfelder Aufständigen nach Leuna, ihr späterer Marsch nach Gröbers und ihr Anschluß an die Hölzgarde, mit der sie über Kütten nach Wettin bis zum Scheitern des Bandenzuges mitzogen, im Gefolge gehabt haben. Der Angeklagte Retzke wird beschuldigt, die wehrfähigen Kommunisten in Ramsin durch Ausklingeln zu den Waffen gerufen zu haben. Das gibt er auch zu. Die Ramsiner Arbeiter zogen nach ihrer einstweiligen Einteilung und Zusammenfassung nach Bitterfeld. Im dortigen Gesellschaftshaus, das die Zentrale der Aufstandsbewegung in der Bitterfelder Gegend in sich barg, wurden sie mit Waffen und Direktiven für ihre weitere Betätigung versehen. Viele Bitterfelder wurden alsbald auf Autos die infolge von Requisitionen ganz urplötzlich überall auftauchten, verladen und nach Gröbers gefahren, wo sie sich dem inzwischen über Teutschenthal und Ammendorf herangekommenen Hölzzuge anschlossen.

Noack war in dem Gefecht bei Gröbers, das der Schupo so schmerzliche Verluste eintrug, Leiter einer Maschinengewehrbedienung, da er im Kriege in diesem Spezialfach ausgebildet war. Er hat zwar selbst nicht geschossen, da er kriegsbeschädigt ist; trotzdem ist er als Führer dieser Truppe für den angerichteten Schaden verantwortlich zu machen. Auf dem weiteren Marsche der Hölz-Bande „requirierte" er in einem Dorfe einen Wagen voll Pferdefutter. Als die auf Wettin heranmarschierenden Aufständischen von dem Städtchen aus mit starkem Feuer empfangen wurde, war es wieder Noack, der den Gegenangriff organisierte und den Maschinengewehren ihre Stellungen anwies. Doch ist es hernach ruhig geworden und zu keinem scharfen Zusammenstoß gekommen, was aber dem Angeklagten durchaus nicht gutzuschreiben ist. Seine Aussage berührt nicht sehr sympathisch, da er seine Verfehlungen unter dem Druck der Beweismittel zugeben muß, sich aber auf der anderen Seite durch allerlei nebensächliche Argumente zu entlasten versucht. Nach seiner Angabe sollen nach dem Scheitern des Hölzzuges auch bewaffnete Bauern gegen die Aufständischen gekämpft haben. Diese Behauptung ist mit Vorsicht zu genießen, da sie aus dem Munde eines schwer Belastenden kommt, der sich auf jede Art und Weise zu rechtfertigen sucht, muß aber dennoch auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden.

Im Gegensatz zu dem Angeklagten Noack ist die Schilderung des Hauptangeklagten Scheidecker durchaus klar. Er schildert alle Ereignisse im März, insofern sie Bitterfeld und den Zug der Hölzgarde berühren, in logischer Kette, verschweigt auch jene Vorkommnisse nicht, die ihn schwer belasten. Er ist einer der Regisseure des Bitterfelder Rathaussturmes gewesen und gibt ebenfalls zu, bei der Hölzbande als Kompagnieführer tätig gewesen zu sein. Doch nennt er eine ganze Reihe von Zeugen, die bestätigen können, daß er vor Plünderungen warnte und Exzesse nach Möglichkeit zu hintertreiben suchte. Er bestreitet, die letzten Absichten des Hölz und seines Marsches bis Beesenstedt durchschaut zu haben und will auch den Zug der Hölzgarde — was wenig glaubhaft klingt — immer noch als Abwehraktion gegen die Uebergriffe der Staatsexekutive, also nicht als bewußten Hochverrat betrachtet haben. Von einem mittelmäßigen Arbeiter erscheint das in der ersten Phase des Märzgeneralstreikes glaubhaft, obwohl es auch da noch nicht verzeihlich ist. Daß aber ein intelligenter Kerl wie Scheidecker den Hölzzug in seinen Zielen — wenn er überhaupt welche hatte — nicht durchschaute, ist, gelinde gesagt, ein Märchen.

Petruschke und Berger, die mit Scheidecker und Noack des Mordes an dem Gutsbesitzer Heß beschuldigt werden, wollen alle Schuld auf die beiden Letzteren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0005

bewußt wissen. Die Zeugenaussagen dürften wohl den wahren Sachverhalt aufklären.

Als erster Zeuge wird der Bitterfelder Polizeiinspektor vernommen. Er schildert den Rathaussturm, an dem Scheidecker in starkem Maße beteiligt war. Von der Seite der Aufständischen seien die ersten Schüsse gefallen. Dann habe der Zeuge den Polizeibeamten den Befehl zu bewaffneter Verteidigung gegeben. Doch erwies sich diese Gegenwehr bald als nutzlos. Nach kurzer Zeit drangen die Aufständigen in das Rathaus, verhafteten die Beamten und führten sie ab. Hierbei soll Scheidecker wieder maßgebende „Autorität" gewesen sein.

Die Ermordung des Gutsbesitzers Heß.

Die gestern begonnene Zeugenvernehmung wird heute fortgesetzt. Wenn zunächst der Verdacht der Mittäterschaft an der Ermordung des Gutsbesitzer Heß auf Scheidecker fiel, erscheint im Laufe der Verhandlung Petruschka an Stelle von Scheidecker stark belastet.

Zunächst macht die Mutter des Angeklagten Hennig Angaben über Zeichen von geistiger Zerrüttung, die sich an ihrem Sohne beobachten ließen. Auch der Verteidiger von Gerber kann Zeugen für die Anormalität seines Mandanten verhören lassen. Gerber trägt noch heute die Folgen einer Verschüttung, die vom Kriege her datiert und hat in einem Anfall von nervöser Zerrüttung sogar einmal sein Kind mit der Schippe erschlagen wollen.

Der schon im Hölz-Prozeß vielgenannte Belastungszeuge Hoppe macht Angaben über die mühlerische Hetzarbeit des Angeklagten Petruschka. Ihm hat er auch seine große Betriedigung über die Ermordung des Herrn Heß ausgesprochen und Petruschka soll dabei die Worte gebraucht haben: „An Heß habe ich mein Mütchen gekühlt". Auch prahlte er damit, auf Heß drei Schüsse abgegeben zu haben.

Durch weitere Zeugenaussagen wird namentlich die Beteiligung der einzelnen Angeklagten an den Taten der Hölzbande schärfer umrissen. Rechtsanwalt Hegewisch, der als Verteidiger von Scheidecker fungiert und ja bekanntlich auch im Hölz-Prozeß Verteidiger war, sucht seine Erfahrungen aus der Verhandlung gegen Max Hölz zu einer Entlastung Scheideckers, der sich gegen nichts als gegen den Verdacht der Plünderung wehrt, zu verwerten und außerdem Petruschka der Denunziation und Täterschaft zu überführen. Hier fällt ihm Landgerichtsdirektor Krüger fortwährend ins Wort und will Herrn Hegewisch absolut nicht seinen Beweisantrag zu Ende führen lassen. Er redet von einer beabsichtigten Neuaufrollung des Hölz-Prozesses, von einem „vorwurfsvollen Unterton" in den Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Hegewisch und läßt schließlich beschließen, daß Herr Hegewisch seine Ausführungen nicht weiter ausdehnen dürfe. Sonderbar, daß Herr Hegewisch, obwohl er Kommunist ist, mit allen anderen Kammern sehr gut zusammenarbeiten kann und nur die scharfmacherische Krüger-Kammer ihm die Abneigung für seine Gesinnung so offen zur Schau trägt. Das müssen gerade wir Sozialdemokraten aufs Schärfste rügen.

Die Zeugin Frau Heß, die Ehefrau des ermordeten Gutsbesitzers schildert in bewegten Worten die Ermordung ihres Mannes, dessen Vorgang man ja schon im Hölzprozeß detaillierte. Sie erkennt Petruschka als einen von denen, die in das Haus eindrangen, während sie Scheidecker nicht gesehen hat. Bei dem Abfeuern der Schüsse auf ihren Mann war sie nicht zugegen. Sie kam erst hinzu, als sich ihr Mann, der der Bande alle Mäntel ausgeliefert hatte, im Blute wälzte.

Die Dienstmädchen der Frau Heß sagen ebenso aus. Ein Zeuge, der ebenfalls am Hölzzuge beteiligt war und auch abgeurteilt wurde, sah Petruschka im Hofe des Heßschen Gutes.

Der Zeuge Thiemann, der sich wegen seiner Beteiligung an dem Hölzabenteuer noch zu verantworten hat, bestreitet ganz energisch, daß sich Scheidecker während der Ermordung des Herrn Heß habe auf dessen Gehöft befinden können. Jetzt gibt Petruschka, der vorher Scheidecker mit unbeirrbarer Schärfe mit dem schwersten Verbrechen belastete, zu, daß er sich vielleicht auch geirrt hat. (!!)

Zahlreiche Zeugen, die sich im Strafgefängnis befinden, werden zu der morgigen Verhandlung geladen werden. Außerdem werden von den Verteidigern noch etliche Beweisanträge gestellt.

Saalekorso 1921.

Uns wird geschrieben:

Vertreter hallischer wirtschaftlicher Verbände, Industrie, Handel und Gewerbe versammelten sich am vergangenen Freitag im Gartensaal Bad Wittekind, um von dem Ausschuß über den vom Hallischen Künstlerrat gemeinsam mit dem Verkehrsverein vorbereiteten Korso am 20. August mit anschließendem zweitägigem Künstlerfest Ausführliches zu erfahren. Diese Veranstaltung soll in alljährlicher Wiederholung ein hallisches Volksfest im besten Sinne werden und dazu beitragen, daß unsere Stadt eine bisher fehlende Anziehungskraft weit über die nähere Umgebung hinaus gewinnt und zu der Bedeutung gelangt, die ihr zukommt. Die Versammlung gewann aus den Darlegungen des Ausschusses die Ueberzeugung, daß die Veranstaltung großzügig anfangen wird und durch die Mitwirkung der Künstlerschaft auch die besondere Note einer hochentwickelten Kultur aufweisen dürfte. Man war sich darin einig, daß der Entschluß und die Arbeitsfreude der Beteiligten zu begrüßen sind. Die Anregung, durch Schaffung eines ausreichenden Garantiefonds die Betriebsmittel aufzubringen, um die Veranstaltung in dem beabsichtigten Rahmen durchführen zu können, fiel auf fruchtbaren Boden, um so mehr, als die Einnahmen die Ausgaben weit übersteigen dürften. Die Zeichner des Garantiefonds werden veröffentlicht werden. Ihre Beteiligung an der Verwaltung des Fonds ist in Aussicht genommen. Als besonders vielversprechend ist zu bemerken, daß alle Kreise sich bereit erklärten, durch Anregungen und Mitarbeit die Sache zu fördern. Nach Klärung der Vorfragen werden wir über den eigentlichen Saalekorso und die Preisverteilung nähere Einzelheiten bringen, ebenso über das anschließende Fest am 20. und 21. August, das ein überreiches Programm verspricht. Auskünfte aller Art gibt auf Anfrage die Geschäftsstelle, Werbezentrale Lloyd, Gr. Steinstr. 71. Fernruf 5348.

Kommunistische Agitatoren.

Freudestrahlend berichtet gestern die „Tribüne", daß es ihren „kommunistischen" Anhängern am Montag gelang, einen eindrucksvollen Verlauf der Löbe-Versammlung zu verhindern. Mit welchen Leuten die V. K. P. D. dabei arbeitet, beweist die Person des zweiten Redners, den sie vorsichtig, des ehemaligen Konsumarbeiters Rau. Er wurde im Halle-Giebichensteiner Konsumverein entlassen, weil er im eigenen Arbeiterunternehmen einen Einbruchsversuch machte. Wir gratulieren zu solchen Vertretern kommunistischer Weltanschauung.

Protestversammlung der Mieter. Gestern Abend veranstaltete die U. S. P. D. eine Mieterversammlung, in der sich Stadtverordneter Kürbs gegen die vom Regierungspräsidenten genehmigte Erhöhung des Mietpreises um 50 Prozent wandte. Der Redner ging zunächst auf die durch das Reichsmietengesetz geschaffenen Härten ein und legte im Anschlusse daran dar, daß jede weitere Steigerung der Wohnungspreise eine Provozierung der Wirtschaftsklasse der Mieter sei. Man dürfe von dem Mieteinigungsamt erwarten, daß es gegen die Erhöhungen Stellung nehme. Allerdings haben die bürgerlichen Mieterbeisitzer bisher versagt, so daß sich die U. S. P. gezwungen gesehen habe, den Mietern Halles die Augen zu öffnen.

Allerdings kann man Herrn Kürbs, der auch dem Mieter zing wirksame Interessenvertretung gegen die Hausbesitzer absprach, den Vorwurf nicht ersparen, daß er auch diese Frage parteipolitisch ausschlachtete und aufforderte, daran zu denken, „bei Wahlen oder in sonstigen Momenten", daß es noch eine U. S. P. gäbe, die für die Mieter kämpfe.

In der Debatte nahm der Vorsitzende des Mietervereins polemisch gegen Kürbs Stellung, deckte sich aber in wirtschaftlicher Beziehung mit dem Reformten. Andere Diskussionsredner unterstrichen ebenfalls die Worte Kürbs', während sich — — — die Kommunisten durch fortwährende Zwischenrufen hervortaten. Auch diese Mieterfrage war für sie ein Anlaß, „ihr Mütchen zu kühlen". Eine ganz beherzte Kommunistin rief den Reformten zu: „Wo seid Ihr (die Unabhängigen) denn im März gewesen?" Als ob dieser Vorwurf etwas mit der Mieterfrage zu tun hätte!

Der Lärm steigerte sich immer mehr und das Schlußwort Kürbs' ging in allgemeiner Unruhe unter. Nicht einmal diese Mietervers ammlung, die den einheitlichen Willen der Mieter zum Ausdruck bringen sollte, war für die Kommunisten ein Anlaß, stille zu sein., Obwohl die „Volkszeitung" das kommunistische enfant terrible noch ebenso tätschelt, wie sie es aus Anlaß der Löbe-Versammlung getan hat?

Kriegsanleihe. Die s. Zt. von den Mittel- und Volksschulen zur 4. und 5. Kriegsanleihe erworbenen Stücke sind verkauft worden. Die Auszahlung der Anteile erfolgt nach dem am Verkaufstage geltenden Kurswerte nebst den angesammelten Zinsen gegen Rückgabe der bei der Einzahlung ausgestellten Empfangsbescheinigung. Sie geschieht in derselben Schule, bei der die Einzahlung erfolgt ist.

Die nächste Monatsversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Halle a. d. S., findet Sonntag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr, in „Bauers Restaurant", Rathausstraße 3, statt. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Die Kinderorte während der Schulferien. In Anlehnung an einen Erlaß des Reichsarbeitsministers, der sich gegen die beabsichtigte Schließung von Kinderbewahranstalten und Kinderhorten verschiedener Städte während der Schulferien wendet, ersucht auch das Preuß. Wohlfahrtsministerium die preußischen Verwaltungsbehörden darauf hinzuwirken, daß die Kinderhorte und Kinderbewahranstalten während der Ferien offengehalten werden. Insbesondere erscheint es dem Wohlfahrtsminister im Hinblick auf die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Kinder nötig, für die zu betreuenden Kinder Ferienspiele, Tagesausflüge, Luftbäder usw. einzurichten, so daß die Ferienzeit auch den nicht in Erholung verschickten Kindern gesundheitlich Nutzen bringt.

Stadttheater. Heute Mittwoch, abends 7½ Uhr, gelangt „Carmen" zur Aufführung. Donnerstag „Als ich noch im Flügelkleide. Freitag geht Maxim Gorkis „Nachtasyl" unter der Spielleitung von Eugen Teuscher in Szene. Es wirken mit: Helene Achterberg, Pia Mietens, Irma Grawi, Erna Teuscher, Dora Debicke, Hermann Wedding, Heinrich Dodl, Richard Erlecke, Otto Tiedemann, Fritz Hensel, Eugen Teuscher, Adalbert Kriwat, Willi Schur, Heinz Rohleder, Theo Schmaus, Walter Henneberg. Sonnabend wird die Operette „Der Vogelhändler" von Karl Zeller wiederholt. Sonntag nachm. geht als Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen „Zugend" von Max Halbe, in Szene Am Sonntag abend gelangt mit Aline Sanden als Gast in der Partie des Oktavian „Der Rosenkavalier" zur Aufführung.

Als Richard Wagner-, Liszt- und Beethoven-Abend charakterisiert sich das große Sanderkonzert, das unter Benno Platzs bekannt vortrefflicher Leitung am Sonnabend um 8 Uhr abends im „Bad Wittekind" von 55 Musikern ausgeführt werden wird. Die Proben dazu sind bereits in vollem Gange.

Volkssinfonie-Konzert. Das städt. Theater-Orchester veranstaltet am Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im Garten des Volksparkes ein Sinfonie-Konzert unter Leitung des hallischen Komponisten und Kapellmeisters Hans Stieber. Zum Vortrag kommen u. a. Ouverture „Der Freischütz" von Weber, Sinfonie C-dur Nr. 7 von Franz Schubert. Im 2. Teil spielt der Solo-Cellist Franz Weise die Cello-Serenade von Volkmann. Eintrittskarten zu diesem Konzert sind in sämtlichen Konsumstellen, Volkspart, Volksstimme und an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Sport und Körperpflege.

T.-V. „Die Naturfreunde".

Mittwoch abend 6—9 Uhr: Sport, Spiel und Volkstanz auf der Peißnitz. — Donnerstag abend 7 Uhr im Mozartsaal, Ausgabe der Karten und Bücher. — Sonntag: Treffwanderung für alle Gruppen nach Böchen—Naturschutzpark.

Provinz und Umgegend.

Konferenz des Unterbezirks II.

Am Sonntag, den 10. Juli, 10 Uhr vormittags, fand im Restaurant zum „Casino" in Merseburg die Unterbezirkskonferenz des Bezirks II unter zahlreicher Beteiligung statt. Gen. Genz als Vorsitzender eröffnete die Versammlung. Das letzte Protokoll wurde vor Eintritt in die Tagesordnung in seiner Verfassung angenommen. Mit Einverständnis der Versammlung ließ Vorl. den Punkt 1 der Tagesordnung fallen, da diese Themen schon des öfteren besprochen wurden und damit mehr Zeit für die Berichterstattung der einzelnen Ortsvereine übrig blieb. Zu Punkt 2 berichteten nun im einzelnen die Ortsvereine über ihre Tätigkeit während der jetzigen Groß-Agitation. Hierbei entspann sich zum Teil eine sehr lebhafte Debatte; wobei zum Ausdruck gebracht wurde, mit was für Schwierigkeiten die einzelnen Ortsvereine zu kämpfen haben. Trotzdem konnten viele Vertreter der Ortsgruppen von guten Erfolgen berichten. Einige kleine Ortsvereine von bisher kaum 10 Mitgliedern, sind in kurzer Zeit schon auf 80 und 90 Mitglieder, sowie von 5 Volksstimmenlesern auf 40 bis 50 gestiegen. Auch hier zeigt es sich, daß es endlich einmal vielen Arbeitern klar wird, welchen Weg sie in der politischen Richtung zu gehen haben Einige Vertreter der Ortsvereine meinten, daß die Zeit für die jetzige Agitation auf dem Lande eine ungünstige sei. Diese Klagen wurden aber mit Recht von einigen Genossen zurückgewiesen. Für unsere gute Sache ist die Zeit für eine umfangreiche Agitation immer günstig. Die meisten Genossen waren der Ansicht, daß, wenn die Agitation richtig und sachgemäß betrieben wird, sicher ein Erfolg zu verzeichnen ist. Eine längere Debatte entspann sich über den Punkt Presse. Von einigen Genossen wurden Mängel der „Volksstimme" kritisiert. Der Vertreter der Redaktion, Gen. Lanzke, nahm zu den vorgebrachten Beschwerden Stellung und deutete dabei darauf hin, daß Verzögerungen in der Aufnahme der Berichte und sinnentstellende Fehler in der Zeitung oft genug durch schlecht geschriebene Berichte hervorgerufen werden. Allen Wünschen der Leser kann aber selbst die beste Zeitung nicht nachkommen, dazu sind die Ansichten zu differenziert. Gen. Lanzke sagte zu, daß er sich energisch für die Abstellung der erwähnten Mängel einsetzen werde. Punkt 3 der Tagesordnung sah die Wahl der Kandidaten zum Parteitag vor. Von der Versammlung wurden Reichstagsabg. Genosse Krüger und Gen. Bauer zur Wahl vorgeschlagen. Die Entscheidung wird die Stimmenzahl bei der Wahl ergeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung sprach Gen. Frischkorn (Merseburg) ermahnende Worte an die Versammlung betr. der Jugend. Er schilderte in kurzen Worten wie nötig es sei, auch unsere Jugendvereine auszubauen, denn sie sind die Erhalter des Sozialismus.

Weiter brachte ein Gen. von Mücheln zum Ausdruck, daß man sich auch den Schwerkriegsbeschädigten mehr hingeben möchte als bisher.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur regen Arbeitstätigkeit in der jetzigen Agitationszeit auf. Keiner darf die große Arbeit scheuen, nur so kann unsere Agitation erfolgreich sein und das gesteckte Ziel erreicht werden. Mit einem Hoch auf den Sozialismus schloß die Versammlung gegen 4 Uhr nachmittags.

An die Ortsvereine des Bezirks.

Werte Genossen!

Der Bezirksvorstand beruft hiermit auf Grund des Bezirksstatutes zu Sonntag, den 11. September 1921, vormittags 9 Uhr, nach Halle a. d. S., in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, einen

Bezirksparteitag

ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Bezirksvorstandes.
   a) Allgemeines,
   b) Kasse.
2. Neuwahl des Bezirksvorstandes.
3. Presse.
4. Die politische Lage.
5. Allgemeines.

Die Parteivereine werden ersucht, demnächst die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Auf je 200 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Anträge zum Bezirksparteitag sind bis spätestens 31. August d. J. an den Bezirksvorstand zu Händen des Genossen Reinhold Drescher, Halle a. d. S., Harz 42/44, Zimmer 38 einzureichen.

Zu gleicher Zeit und im gleichen Lokal findet ein

Bezirksfrauentag

statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Zweck und Ziel unserer Frauenbewegung.
2. Organisation und Agitation.
3. Allgemeines.

Alle Ortsvereine, auch diejenigen, die keine festen Frauengruppen haben, werden aufgefordert, zu der Tagung eine Genossin als Delegierte zu entsenden.

Anträge zur Frauentagung sind bis spätestens 31. August d. J. an den Bezirksvorstand zu Händen der Genossin M. Röpert, Halle a. d. S., Harz 42/44, Zimmer 38 einzureichen.

Dem Bezirksparteitag vorangehend, findet am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, im gleichen Lokale eine Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Delegierte, die bereits am Sonnabend in Halle eintreffen, wollen dies dem Bezirksvorstand melden, damit für Unterkunft rechtzeitig gesorgt werden kann.

Parteigenossen! Wir erwarten, daß alle Ortsvereine für eine Delegation Sorge tragen.

Mit Parteigruß!

Der Bezirksvorstand.

Sondergericht Wittenberg.

Der 21 Jahre alte Monteur Robert Wenkel aus Möckerling i stangeklagt, gemeinsam mit anderen Genossen eine Anzahl Fußballspieler zum Anschluß an die rote Armee gezwungen zu haben. Er bestreitet dies, wird aber von Zeugen überführt und zu ein Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 11 Wochen gelten als verbüßt.

Der Bergarbeiter Kurt Ende aus Zölschen, 20 Jahre alt, wird von der Anklage des Hochverrats auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Wegen Anteilnahme am Aufruhr erhält der 20 Jahre alte Arbeiter Karl Rost aus Esperstedt 7 Monate Gefängnis, von denen 1 Monat als verbüßt gilt.

Der Bergmann Hermann Sachse aus Oberrißdorf, 37 Jahre alt, wird wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die als verbüßt gelten.

Der 30 Jahre alte Schlosser Paul Christel aus Bad Kösen ist beschuldigt, sich der roten Armee angeschlossen zu haben; wird aber auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da sich die Anklage als haltlos erweist.

Der Maurer Franz Grube aus Osmünde, 40 Jahr, Bergarbeiter Reinhold Ehrhardt aus Weißenschirmbach, 26 Jahr, Arbeiter Willi Wilke aus Stedten, 25 Jahr und Stanislaus Lindzinsky aus Greppin, 23 Jahre alt, werden wegen Anschluß an die rote Armee zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Je 12 Wochen gelten als verbüßt. Außerdem erhalten alle Angeklagten 3 Jahre Strafaussetzung.

Der 48 Jahre alte Bergarbeiter Emil Zelle aus Osmünde ist angeklagt, sich der roten Armee mit einem Gewehr angeschlossen und für dieselbe Kurierdienste geleistet zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies, gilt aber durch die Zeugenaussagen für überführt und wird zu 2 Jahren Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. 11 Wochen gelten als verbüßt.

Die beiden Brüder Friedrich Groß, 22 Jahr, und Paul Groß, 20 Jahr, aus Wansleben, haben sich ebenfalls der roten Armee angeschlossen und für dieselbe mehr oder weniger Dienste geleistet. Friedrich G. wird zu 2 Jahren und Paul G. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Je 12 Wochen gelten als verbüßt. Paul G. erhält außerdem drei Jahre Strafaussetzung.

Der 41 Jahre alte Bergmann Otto Goldschmidt aus Helbra ist beschuldigt, einen Trupp Arbeitswilliger zum Streiken zu zwingen versucht und einen Gewerbschaftszug dadurch gefährdet zu haben, daß er andere veranlaßte, Steine auf die Bahngeleise zu werfen. Er wird wegen schweren Hausfriedensbruchs und Landfriedensbruchs zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. 3 Monate der Untersuchungshaft finden Anrechnung.

Wegen Anschluß an die rote Armee wird der 22 Jahre alte Bergmann Anton Kandler aus Helbra zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. 12 Wochen der Untersuchungshaft finden Anrechnung. Beantragt waren 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Der 34 Jahre alte Landarbeiter Max Klopsteg aus Strenz Nauendorf wird nach langer Verhandlung von der schweren Anklage des Hochverrats auf Kosten der Staatskasse freigesprochen Die ganze Anklage hat sich, wie vom Angeklagten glaubhaft versichert wurde, auf eine Denunziation eines „Genossen" gestützt.

Die Strafsache gegen die Bergleute Walter Drescher (Ahlsdorf), Hermann Thiele (Amsdorf) und Willi Böche (Hergisdorf) werden vertagt.

Der Tischler Hermann Schiefersdecker, der im Leunawerk beschäftigt war, ist angeklagt, in Schafstädt einen Schutzpolizeibeamten zu erschießen versucht zu haben, weshalb er sich wegen versuchten Totschlags zu verantworten hatte. Der Angeklagte bestreitet die Tat, wird aber durch die Zeugen so schwer belastet, daß ihn das Gericht für überführt erachtet und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, auf die 2 Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden.

Der Bergmann Karl Drechsler aus Großsterhausen wird wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz und schweren Landfriedensbruchs zu 3 Jahren Zuchthaus und 450 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Arbeiter und Brüder Fritz Jannemann, 32 Jahr, und Otto Jannemann, 24 Jahre alt, sind beschuldigt, im Leunawerk Arbeiter mit Gewalt zurückgehalten und mit einer Waffe bedroht zu haben. Das Gericht findet beide Angeklagte als schuldig und verurteilt Fritz J. zu 3 Jahren Zuchthaus und Otto J. zu 4 Jahren Zuchthaus und 450 Mk. Geldstrafe.

Wegen schweren Landfriedensbruchs haben sich die Arbeiter Ernst Baumgarten, 26 Jahre, und Otto Seifert, 24 Jahre, zu verantworten, weil sie einem Landjäger entwaffnet haben. Baumgarten erhält 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, von denen 3 Monate als verbüßt gelten. Seifert wird zu 6 Monaten Gefängnis verur-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0006

teilt, wovon 2 Monate als verbüßt angerechnet werden. Außerdem wird bei Seifert die Strafe auf 3 Jahre ausgesetzt.

Die Arbeiter Ernst Finzel, 39 Jahre, und Gustav Hesse, 20 Jahr alt, beide aus Thondorf, haben sich an den Unruhen in Thondorf beteiligt und werden verurteilt. Finzel zu 9 Monaten, Hesse zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird bei beiden angerechnet.

Ebenfalls wegen Beteiligung an den Vorgängen in Mitteldeutschland werden verurteilt: der Maler Fritz Hoopan aus Eisleben, 38 Jahr, und der Arbeiter Paul Koska aus Hergesdorf, 35 Jahr, zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Arbeiter Richard Jahn aus Alsleben, 22 Jahr, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, der Arbeiter Hermann Bugny aus Zorbau, 26 Jahr, und der Arbeiter Willi Schönig aus Döllnitz, 18 Jahr, zu je 6 Monaten Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, der Bergmann Paul Janke aus Klostermansfeld, 21 Jahr, zu 6 Monaten Gefängnis und der Arbeiter Ernst Trabitsch, 21 Jahr, zu 4 Monaten Gefängnis. Die vier letztgenannten Angeklagten erhalten Strafaussetzung.

Merseburg — Querfurt — Weißenfels — Zeitz.

Merseburg. Stadtverordneten-Sitzung. Für die aus dem Stadtverordneten-Parlament ausgeschiedene Stadtverordnete Genossin Schurch wird Genosse Polizeiwachtmeister Fehse, und für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Müller Herr Rechtsanwalt Erleke (D.V.) eingeführt. Das Stadtverordneten-Kollegium beschließt debattelos den Beitritt zur Vereinigung des Provinzial-Wohlfahrtsamtes mit einem Jahresbeitrage von 900 Mk.und zur Vereinigung deutscher Wohnungsämter mit einem Jahresbeitrage von 40 Mk. Da der Feuerwehretat bereits überschritten ist, werden hierzu nach kurzer Debatte 1573,69 Mk. aus den Ueberschüssen (!) von 1919 nachbewilligt; desgleichen debattenlos für Ueberschreitung des Haushaltsplanes der Vermögens- und Schuldenverwaltung 409 Mk., der Allgemeinen Verwaltung für 1919 81 895 Mk. Gegenstand von über einstündiger Debatte war folgender Magistratsbeschluß: Die für die hiesigen Grundschulklassen erforderlichen Lehrmittel sollen beschafft und die auf rund 12 450 Mk. berechneten Kosten aus der außerordentlichen Rechnung des Jahres 1921 gedeckt werden. Eigenartig wirkt es, daß Stadtv. Mahloh (Dem.) noch Zweifel an der Durchführung der Grundschule hat, und die Bewilligung der Mittel zurückstellt. Stadtv. Rupprecht (D.N.) kann es nicht verstehen, daß so viel Papptafeln in der Schule verwendet werden sollen. Er bitte die Bewilligung zurückzustellen. Stadt. Richter (V.K.P.D.), der uns jetzt in Abwesenheit des Stadtv. Koenen „als geistiger Leiter" dieser Fraktion bekannt ist, glaubt hier mit Phrasendrusch bei der Bewilligung der Mittel für die Grundschule arbeiten zu können. Stadtv. Genosse Krüger wundert sich, daß verschiedene Stadtverordnete der Rechten die Bewilligung der Summe verweigern, trotzdem diese das mindeste ist, was gefordert wird. Bewilligt müssen die Summen, ob früher oder später, doch werden. Die Grundschule beruht auf dem Gesetz. In Schkeuditz, Markranstädt hat man schon über 100 000 Mk. für Lehrmittel ausgegeben. In einigen Dörfern hat man die Einrichtungen, die wir heute fordern, schon seit Jahrzehnten. Er ersucht deshalb der Magistratsvorlage zuzustimmen. Auf Wunsch des Stadtv. Rupprecht (D.N.) gibt Stadtv. Junker (Dem.) in längeren Ausführungen seiner Ansicht der Grundschule Ausdruck. Bei der Abstimmung wurde der Magistratsantrag mit großer Majorität angenommen. Gegenstand längerer Ausführungen war gleichfalls der Magistratsbeschluß, dem Pächter bzw. Verwalter der städtischen Volksflußbadeanstalt, Herrn Kuleschka, seitens der Stadt ein Monatseinkommen von 1500 Mk. ab 16. Juni d. J. ab zu gewähren; falls die Einnahmen aus der Verwaltung des Bades nicht ausreichen, wird ihm der Unterschiedsbetrag bis zu 1500 Mk. monatlich als städtischer Zuschuß bewilligt. Die Deckung der notwendig gewordenen Mittel sollen dem Haushaltungsplan der städtischen Bäder für 1921 entnommen werden. Zu bemerken ist, daß Kuleschka bei der verflossenen schlechten Witterung eine Tageseinnahme von 1,50 Mk. hatte, was von Herrn Stadtrat Bessert bestätigt wird. Stadtv. Richter (K.P.D.) bedauert, daß so viel Schlamm im Bade war, benutzt aber zugleich die Gelegenheit, um dem Berichterstatter der „Volksstimme", der in Nr. 150 Herrn Richter etwas in die Bratkartoffeln gelegt hat, eins auszuwischen. Der Beschluß des Magistrats wurde angenommen, nachdem die Zusicherung der Kontrolle über die Einnahmen gesichert war. Punkt 10: Festsetzung der Mieten in den Baracken der Gasanstalt, wonach für je ein Quadratmeter Wohnfläche 7 Mk. gezahlt werden soll. Stadtv. Richter (K.P.D.) lehnt diese Erhöhung auf 7 Mk. ab. Stadtv. Gen. Noye ersucht gleichfalls diese Erhöhung für die Baracken an der Gasanstalt abzulehnen. Bereits vor zirka sechs Wochen stand der gleiche Punkt zur Tagesordnung, wobei festgelegt wurde, für die Wohnungen An der weißen Mauer pro Quadratmeter 7 Mk .und an der Gasanstalt 6 Mk. zu nehmen. Heute nach sechs Wochen will man solch einen Beschluß wieder umstoßen. Nach längerer Debatte wurde die Magistratsvorlage abgelehnt, hingegen auf Antrag des Stadtv. Eichardt (D.N.) für alle Baracken der Satz auf 6,50 Mk. festgesetzt, sodaß der Quadratmeter An der weißen Mauer 50 Pfg. billiger geworden ist. Der Magistrat ist in Verhandlungen mit dem Kaufmann Willi Krause zwecks Verkauf eines Grundstückes getreten. Nach Berichterstattung des Gen. Krüger beabsichtigt der Käufer zunächst auf diesem Grundstück ein Hinterhaus für Contor und Lagerräume zu bauen, während im Vorderhause Mehrfamilienwohnungen vorhanden sein müssen. Der Bau des Hauses muß innerhalb fünf Jahre erfolgen. Das Kollegium stimmt diesem Verkauf ohne wesentliche Debatte zu. Für die Ausbesserung der Fernsprechleitung Polizeiwache — Blankefabrik werden 900 Mk. bewilligt. Ein Antrag des Hausbesitzervereins, für die beim Mietseinigungsamt ausgeschiedenen Beisitzer aus den Reihen der Hausbesitzer die Herren Müller und Kirschmann zu wählen, wird vom Plenum abgelehnt; hingegen nach dem Beschluß der Wohnungskommission, zum Mietseinigungsamt die Hausbesitzer Keil und Kirschmann gewählt. Der Anstellung eines Hausmeisters für das Rathaus wird zugestimmt; desgleichen dem Bau von 10 Häusern für die Beamten des Landesfinanzamtes. Stadtv. Gen. Krüger frägt an, warum wir jetzt des Abends auf der Straße keine Polizei mehr haben. Erster Bürgermeister Herzog führt dieses darauf zurück, daß die Verhältnisse zwischen Sipo und der blauen Polizei noch nicht geregelt sind. In nächster Zeit wird der Straßendienst bei Tage und Nacht prompt durchgeführt werden. Hiermit wird die Stadtverordneten-Sitzung auf sechs Wochen geschlossen, da auch die Stadtväter der Ruhe bedürfen. Hoffentlich kommen sie gestärkt zurück, damit sie bis zur nächsten Ferienzeit stramm durchhalten und nicht in jeder Sitzung ein neuer Stadtverordneter eingeführt zu werden braucht.

Merseburg. Kommunist Steineck verhaftet? Unter allem Vorbehalt geben wir folgende Meldung der „Magd. Zeitung" wieder: Der seit einiger Zeit verschwundene Kommunistenführer Steineck aus Geusa, der bei den letzten Osterunruhen eine große Rolle führte, ist in Stuttgart verhaftet worden.

Weißenfels. Stadtverordneten-Sitzung. Die letzte Feriensitzung hatte lediglich die Vorlagen noch zu erledigen, die einen längeren Aufschub nicht vertragen konnte. Vor Beginn der Tagesordnung wurden einige Interpellationen verhandelt, von denen zwei durch die SPD. eingebracht waren. Die erste hatte folgenden Wortlaut: In der „Volksstimme" und im „Volksboten" veröffentlichte der Zentralverband der Angestellten einen Bericht, aus dem hervorging, daß der Handelsschullehrer Herr Ebel während des Unterrichtes Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft in ungehöriger Weise beschimpft hat. Da wir der Meinung sind, daß ein derartiger Unterricht nicht geeignet ist, die kaufmännischen Lehrlinge ausreichend für ihren späteren Beruf, frei von jedem Rassenhaß, vorzubilden, richten wir an den Magistrat die Anfrage, ob er auf Grund dieser Vorkommnisse bereit ist, erneut bei der Regierung die Auflösung der Handelsschule zu befürworten, damit endlich neben der gewerblichen Fortbildungsschule auch eine städtische Handelsschule eingerichtet wird. Wir weisen besonders darauf hin, daß eine Anzahl Geschäftsleute und Eltern auf Grund dieser Vorkommnisse ihre Söhne dem Unterricht fernhalten, und dürfte dies für die Lehrlinge von großem Nachteil sein. Wie gedenkt der Magistrat alsbald eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen? Nach Begründung durch Genosse Wieglepp, beantwortete Bürgermeister Müller die Interpellation. Er erklärte, daß auf Grund der Berichte in der Presse, das Kuratorium der Handelsschule aufgefordert sei, sich zu äußern. Die in der Presse erwähnten Aeußerungen des Lehrer Ebel werden durch den Leiter der Handelsschule Herrn Hermichen nicht direkt bestritten, aber vieles wäre auf Mißverständnis zurückzuführen. Der Magistrat ist ebenfalls der Meinung, daß eine Aenderung in dem bisherigen Zustand eintreten müsse. Die zweite Interpellation hatte folgenden Wortlaut: Ist dem Magistrat bekannt, daß der Leiter des hiesigen Finanzamtes, Oberregierungsrat Schlenther, gegen den Beschluß der städtischen Körperschaften über die Neuregelung der Beamtenbesoldung für die städtischen Kommunalbeamten Beschwerde bei der Regierung eingelegt haben soll? Ist dies der Fall, dann beantragen wir dieses Verhalten des Herrn Schlenther als einen schweren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und erwarten vom Magistrat, daß er sofort Veranlassung nimmt, über die falsche Betätigung des Herrn Leiters des Finanzamtes bei den vorgesetzten Dienststellen und zwar bei dem Landesfinanzamt und falls dieses das Vorgehen des Herrn Ober-Regierungsrat billigen sollte, bei dem Herrn Reichsminister der Finanzen Beschwerde zu erheben. Wir bitten darüber abzustimmen, wie weit die Stadtverordnetenversammlung das Vorgehen des Magistrats unterstützt. Nach Begründung derselben durch Genosse Seifert erklärte Bürgermeister Müller, daß dieser Fall wohl in Deutschland einzig dastehen dürfte, und bestritt dem Finanz- wie auch dem Landesfinanzamt das Recht, solange die Regierung zu der Besoldungsvorlage noch keine Stellung genommen habe, in irgend einer Form einzugreifen. Der Vertreter der bürgerlichen Fraktion, wie auch die Vertreter der Beamten-Fraktion waren anderer Meinung. Stadtverordnete Wolf erklärte, daß es nur freudig zu begrüßen sei, daß endlich in Weißenfels ein höherer Staatsbeamter vorhanden sei, der den Mut habe, das Finanzgebahren in Weißenfels zu beobachten, und in entschiedener Form dagegen Stellung zu nehmen. Die Vertreter der Beamten-Fraktion erklärten, daß sie auch Freunde der Selbstverwaltung seien, aber was in Weißenfels bisher getrieben worden sei, sei nicht Selbstverwaltung, sondern finanzieller Selbstmord. (Wir werden Gelegenheit nehmen, diesem würdigen Vertreter der Beamten, Herrn Dr. Lehder, Gelegenheit zu geben, für seine Aeußerungen Wahrheitsbeweise anzutreten, und zwar in öffentlicher Versammlung. Hoffentlich schneiden Sie nicht diese Versammlung Herr Doktor! D. B.) Bürgermeister Müller erteilte ihm eine Antwort, die aber bei weitem nicht den Kern der Sache getroffen hat. Dr. Lehder ergriff noch einmal das Wort und erklärte, daß die Besoldungsvorlage der Stadt Weißenfels jedes Gewerkschaftsprinzip über den Haufen renne, daß was mühselig in tage- und wochenlangen Sitzungen in Berlin als Reichsbesoldungsgesetz zusammengebaut wurde, sei in Weißenfels unberücksichtigt geblieben. Interessant waren noch die Ausführungen des Herrn Doktors insofern, als er versuchte, ein paar warme Worte für die unteren Beamten zu finden; er hat aber vergessen, hinzuzusetzen, daß das Besoldungsgesetz den oberen Beamten große Vorteile und den unteren fast gar keine gebracht hat Nachdem noch der Stadtverordnete Schumann seinen falschen Bericht im Tageblatt als ein Versehen seinerseits entschuldigt hatte, und dafür allgemeines Gelächter, selbst bei seinen Fraktionskollegen ausgelöst hatte, wurde eine Interpellation der Beamtenfraktion beraten, die von dem Hospitianten der Beamtenfraktion Stadtverordneten Schulze begründet wurde. Die Interpellation beschäftigte sich mit dem Fluchtlinienplan im Kämmereihölzchen, und sollte in Wirklichkeit eine Falle für den Stadtbaurat Förster bilden. Wir sind die Letzten, die die Handlungen oder das Organisationstalent des Herrn Stadtbaurats schützen, aber so ungeschickt darf man das wirklich nicht anpacken. Nach der Begründung erfolgte die Antwort des Herrn Stadtbaurats; eine weitere Besprechung wurde von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt. Die arme Beamtenfraktion erlebt von einer Sitzung zur anderen eine Pleite nach der anderen. Nunmehr konnte in die Beratung der Tagesordnung eingetreten werden. Unter anderen wurden noch ergänzende Beschlüsse zur Beamtenbesoldung gefaßt. Die Kommunisten beantragten Zurückverweisung an den Magistrat, weil der Beamtenausschuß nicht gehört worden sei. Nach einer Erklärung des Bürgermeister Müller und des Vorsitzenden des Beamtenausschusses Herrn August wurden die Beschlüsse dementsprechend gefaßt. Der Vorsitzende des Beamtenausschusses rechnete unter anderen mit der Beamtenfraktion scharf ab und erklärte, daß der Verbandstag der Kommunalbeamten voraussichtlich mit dem deutschen Beamtenbund brechen würde. Er unterließ es aber, zu erklären, was dann geschehen würde, oder ob die „Komba" sich vielleicht freigewerkschaftlich orientieren würde. Eine längere Debatte forderte Punkt 4 der Tagesordnung der eine neue Festsetzung des Strompreises für Großabnehmer beabsichtigte. Die drei größten Abnehmer des elektrischen Werkes beabsichtigen eigene Anlagen, falls nicht eine Verbilligung des Kraftstrompreises für sie in Frage komme. Die Kommunisten lehnten rundweg die Vorlage des Magistrats ab. Nachdem verschiedene Redner, darunter Genosse Wieglepp und Genosse Kalbfleisch, ihnen ihre unerklärliche Handlungsweise vor Augen hielten, beantragten die Kommunisten die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen, um sich noch einmal beraten zu können. Dem wurde stattgegeben, und schon nach drei Minuten erschienen die Herren wieder im Sitzungssaal und gaben die Erklärung ab, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen für die Vorlage stimmten. (Wenn das die verdammten Rechtser gemacht hätten, dann hätte man die Kommunisten wieder schreien hören können. D. B.) Der Superintendent von Weißenfels beantragte bei der Stadtverwaltung, weil seine Oefen so schlecht brennen, in sein Gebäude Gasleitung zu legen und ihm außerdem für die Gasleitung einen Gaskocher anzuschaffen. Der Gaskocher wurde abgelehnt, das Legen der Gasleitung dagegen beschlossen. Hoffentlich sollen wir nächstens nicht noch der Kirche oder deren Vertreter neben dem Gaskocher auch noch die Töpfe für ihren Brei liefern, (man möchte staunen über diese Unverfrorenheit. D. B.) Bei der Bewilligung einer Spende für das Oberschlesische Hilfswerk in Höhe von 1000 Mk., glaubten die Kommunisten oder wenigstens einer ihrer Vertreter wieder einen Extratanz aufführen zu müssen. Er beantragte nämlich für die Ortsarmen ebenfalls 1000 Mk. aufzuwerfen. Man konnte mit diesem Antragsteller nur Mitleid haben, denn er scheint nicht zu wissen, daß mit 1000 Mk. wahrhaftig nicht die Not der Armen gelindert werden kann, wenn nicht auf andere Art und Weise durch die Armenkommission etwas geschehen würde. Nachdem der Stv. Winter (Komm.) sich noch gegen ein Eingesandt des Architekten Heurich in dem widerwilligen Streit zwischen „Selbsthilfe" und Stadtbauamt gewandt hatte, was allerdings in anderer Form besser gewirkt hätte, wurde die Sitzung gegen ½10 Uhr geschlossen.

Weißenfels. Mitgliederversammlung. Am Donnerstag, dem 14. Juli findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderen ein Vortrag des Genossen Hansen, Kiel. Es ist Pflicht der Mitglieder vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Wir verweisen noch besonders auf die Versammlungsanzeige im Versammlungskalender.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Es muß darauf hingewiesen werden, daß zu den Uebungsabenden, welche jeden Mittwoch abends 8 Uhr in der Mittelschule stattfinden, eine regere Beteiligung erwartet wird. Die aktiven Mitglieder werden ersucht, zu der am Mittwoch, den 13. Juli, stattfindenden Uebungsstunde die Armbinden, Meldeblocks und Verbandstaschen mitzubringen und vollzählig zu erscheinen. Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im Rest. „Rosengarten", Michaelisstraße. Interessenten der Arbeiter-Samariter-Bewegung ist in Kürze wieder Gelegenheit gegeben, sich in der ersten Hilfeleistung sowie in der häuslichen Krankenpflege auszubilden. Der Lehrkursus beginnt am Mittwoch, den 3. 8. abends 8 Uhr fortlaufend jeden Mittwoch abend unter Leitung des Kolonnen-Arztes Herrn Dr. med. Dettler. Anmeldungen werden in den Uebungsstunden sowie bei den Mitgliedern der Kolonn entgegengenommen.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Sangerhausen. Eine Verwaltung mit Hindernissen besteht in unserer Stadtgemeinde. Schon seit Ende Dezember vorigen Jahres fehlen im Magistrat mehrere unbesoldete Stadträte und inzwischen haben sie nun sämtlich ihre Aemter niedergelegt oder sind aus anderen Gründen ausgeschieden. In seiner vollen Besetzung mit 2 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestand der Magistrat seit 1919 aus den Bürgermeistern Gründlich (SPD.), und Brüninghauß (Dem.) und aus den Stadträten Schmelzer (SPD.), Reißner (Dem.), Stock (D. N.) sowie Fanzke, Heymann und Hoff, letztere drei von der USP.. Wir hatten also eine sozialistische Mehrheit. Bei Bildung der VKPD. trat Franzke zu dieser Partei über. Infolge der bereits seinerzeit in der Volksstimme geschilderten Vorgänge (Ablehnung aller Steuervorlagen des Magistrats in der Stadtverordnetenversammlung.) legten dann kurz vor Weihnachten sowohl die der SPD. und der USPD. angehörenden Stadtverordneten, wie auch deren Stadträte Schmelzer, Heymann und Hoff ihre Mandate nieder. Der Magistrat mußte infolgedessen mit jetzt bürgerlicher Mehrheit ein ganzes Vierteljahr lang in einer Besetzung von nur 5 Mitgliedern arbeiten, denn solange brauchte die Merseburger Regierung, um sich über die Bestätigung des Stadtv. Vollrath schlüssig zu werden, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl als Stadtrat nachrückte. Im übrigen war die Vorschlagsliste „Heymann", auf die alle drei zurückgetretenen Stadträte gewählt waren, bereits erschöpft, da der einzige neben Vollrath vorhandene Anwärter, der Stadtv. Gille von der USP., in Konsequenz des Verhaltens seiner Parteigenossen die Uebernahme des Stadtratsmandat ablehnte. Mitte März d. J. zählte dann der Magistrat durch den Eintritt Vollraths, der in der Stadtverordnetenversammlung bei der kommunistischen Fraktion hospitierte immerhin wieder 6 Mitglieder. Aber kaum waren die Dezernate neu verteilt, da kam der so „erfolgreiche" Osterputsch der Kommunisten. Er kostete auch den Magistrat 2 Mitglieder, denn Stadtrat Fanzke wurde sofort verhaftet und Stadtrat Vollrath legte infolge des wegen des Putsches gegen ihn erhobenen Angriffe sein Amt wieder nieder. Es verblieben also nur die beiden bürgerlichen unbesoldeten Stadträte. Selbstverständlich ist ein auf die Hälfte zusammengeschmolzener Magistrat auf die Dauer nicht als arbeitsfähig anzusehen. Zudem hatte inzwischen die Stadtverordnetenversammlung, wo durch den Austritt der Sozialdemokraten beider Richtungen die Kommunisten in die Mehrheit gekommen waren, so ausgiebig „kommunistische Kommunalpolitik" getrieben, das heißt, jede praktische Arbeit sabotiert, daß sie aufgelöst werden mußte. So stellten denn, um eine Gesamterneuerung des Magistrats zu ermöglichen, auch die beiden letzten Stadträte der neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung ihre Mandate zur Verfügung, und ihre Nachfolger auf den Vorschlagslisten lehnten dementsprechend die Annahme der Mandate ab. Auch dem Stadtrat Franzke, der seinerzeit ebenfalls auf die Liste „Heimann" gewählt war, wurde der Rücktritt nahegelegt, aber mit echt kommunistischer Logik lehnte er ab, jetzt genau dasselbe zu tun, was er vor kaum 2 Jahren mit so großem Pathos von den letzten Stadträten des Dreiklassenwahlrechts verlangt und erreicht hatte. Was konnte es ihn als Kommunisten und Antiparlamentarier denn auch stören, wenn infolge seines Festhaltens am Mandat der neue Magistrat wieder eine bürgerliche Mehrheit bekam Im übrigen paßt es ja auch ganz zu diesem Bilde, daß es speziell die jetzigen Kommunisten waren, die nach der Stadtverordnetenwahl im Frühjahr 1919 von den aus der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern der städtischen Kommissionen und Deputationen die Niederlegung der Mandate verlangten, während jetzt ausgerechnet Frau Franzke als einziges Kommissionsmitglied sich weigert, ihr Amt — sie gehört zum Vorstand der Kleinkinderbewahranstalt — der neuen Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist ja nun, noch ehe die 5 freien Stadtratsmandate wieder besetzt werden konnten, auch der sechste Sitz im Magistrat durch das auf Zuchthaus lautende Urteil des Nordhäuser Sondergerichts gegen Franzke freigeworden, so daß Sangerhausen vor einer Gesamtneuwahl seines Magistrats steht. Sie war auch bereits für die letzte Stadtverordnetensitzung vorgesehen. Jedoch, immer langsam voran! So etwas braucht nämlich unter der Geltung des Verhältniswahlrechts erst ministerielle Genehmigung. Da eben die Vorschlagslisten eigentlich so lang sein sollten, daß bis zur nächsten, in der neuen Städteordnung festzusetzenden allgemeinen Neuwahl der Magistrate keine Vakanz einzutreten braucht. Freilich, auf so einen Bescheid aus dem Ministerium heißt es immer ein hübsches Weilchen warten. Und wenn er dann glücklich da und die Wahl vollzogen ist, dann gibt es vielleicht nochmals eine Geduldprobe, bis die Bestätigung der Neugewählten eintrifft und sie dann endlich in ihr Amt eingeführt werden können! Bis dahin aber, bedauernswerter Sangerhäuser Rumpf-Magistrat, mußt du, wie seit Weihnachten, weiterwursteln! Kein Gott hilft dir da, denn es sind preußische Gesetzesparagraphen, die es so verlangen!

Eisleben. Neues Beamtenkartell. Nach bürgerlichen Pressemeldungen hat sich hier eine Ortsgruppe des Bundes der höheren Beamten gegründet. Sie umfaßt die Stadt Eisleben, das Mansfelder Berg- und Oberröblinger Kohlenrevier. Vorsitzender ist Studienrat Dr. Ebert, derselbe, der dem früheren, jetzt aufgelösten allgemeinen Beamtenkartell vorstand. Damit hat eine Absonderung stattgefunden. Man darf immerhin gespannt sein, wie diese neue Gründung in den hiesigen Kreisen der allgemeinen Beamtenschaft aufgefaßt wird.

Torgau—Liebenwerda.

Falkenberg. Parteifest. Am 31. Juli 1921 hat Falkenberg sein diesjähriges Parteifest, das im Schützenhause stattfindet. Die Vorbereitungen zum Fest sind im vollen Gange. Die Partei hofft bis dahin, noch einen mächtigen Zuwachs zu bekommen, da das Parteifest der Abschluß zweier Werbewochen ist. In den nächsten 14 Tagen heißt es unermüdlich für die Partei und für die „Volksstimme" werben.

Naundorf b. L. Gemeindevertretersitzung. Die 5 Punkte der am Mittwoch, den 6. d. M. tagenden Gemeindevertretersitzung fanden folgende Erledigung: 1. Für 3 Waisenkinder bewilligte die Versammlung Beihilfen zu den Pflegegeldern. 2. Einem Lehrer wird eine Beihilfe von 600 M. zu den Instandsetzungskosten der von ihm zu mietenden Wohnung mit der Maßgabe gewährt, daß er die Wohnung auf 3 Jahre mietet und beim etwaigen Wegzuge die Gemeinde in den Vertrag eintritt. 3. Die Versammlung beschließt einstimmig, den Beitritt zum Krüppelfürsorge-Verein für die Provinz Sachsen mit einem Jahresbeitrage von 100 M. 4. Ein Antrag des Tiefbauunternehmers Klumbis, die für die Straße Naundorf—Dolsthaida infolge Tariferhöhung entstandenen Mehrkosten zu übernehmen wurde der Straßenbaukommission überwiesen. 5. Zur Geradelegung der Grenze zwischen Wolschenka und dem Paul Starkeschen Grundstück soll ein Landstreifen von letzterem erworben werden Schluß der Sitzung 9¾ Uhr.

Neu-Burxdorf. Der menschenfreundliche Herr Kreisarzt. Es war vor einigen Monaten, da wurde der Herr Kreisarzt zum Postverwalter nach Neu-Burxdorf gerufen. Das knapp 10 km von Liebenwerda entfernt liegt. Die ärztliche Rechnung für diesen einzigen Besuch beträgt — sage und schreibe — 130 Mark. Wie soll der Postverwalter, der ein geringes Beamteneinkommen und eine zahlreiche Familie hat, dieses bezahlen können, wo er dazu noch weitere 77 Mark Apothekerkosten zu begleichen hatte? Beim Finanzamt in Liebenwerda aber möchten wir anfragen, ob der streng konservative Menschenfreund, Kreisarzt Dr. Heimbucher im Steuerzahlen ebenso tüchtig ist wie im Rechnungschreiben an bedürftige Beamte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0007

Halle, Vergnügungen usw.

Walhalla-Lichtspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51.
Ständig die neuesten erstklassigen Spielfilme!
Nur Ur- und Erstaufführungen!
Rauchen gestattet! Erfrischungsraum!
Wochentags Beginn 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr!

Cafehaus Monopol, Inh.: Frau Schumann. Täglich Konzert.
Gegenüber dem Stadttheater, Alte Promenade 1b, Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Weine, Spirituosen, Brüderstraße 2. Tel. 3989.

Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. 57. Großstadtprogramm — 4 bis 11 Uhr Vorstellung. Nur Erstaufführungen.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak Halloria-Stolz. Ludw.-Wuchererstraße 60.

Johs. Schloßmann, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Telephon 5561. Leipzigerstraße 12.

Rob. Steinmetz, Leipzigerstraße 8. Leinen — Baumwollwaren — Betten — Wäschefabrik.

Fritz Mözenthin, Burgstraße 1. Telephon 3450. Manufakturwaren.

Bernh. Haeni, Schmeerstr. 2. Korsetthaus.

Hutumpreß-Anstalt B. Brustawitzki, Magdeburger Str. 27.

Heinrich Wittenberg, Leipzigerstraße 103, II. Kohlen-Abteilung, Fernsprecher 6512. Baustoff-Abteilung, Fernsprecher 6502.

Otto Just, Kohlen u. Holz, Ludwig-Wuchererstr. 45. Fernsprecher 5049.

Franz Zenk. Kleiner Berlin 2. Die große Hut-Fabrik.

Merkur-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 75. Fernsprecher 6954. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Verbandstoffe.

Arthur Töglich, Ingenieur, Lindenstr. 8.

Schmidt & Erdel Buchdruckerei. Anfertigung von Drucksachen aller Art. Fernruf 2172. Kl. Ulrichstraße 8.

Huldreich Schmelzer, vorm. Albert Schmidt, Korbwaren-Fabrik, Große Steinstraße 54/55.

Hausierer und Wiederverkäufer kaufen Textilwaren günstigst bei **Bater & Tümmler,** Landsbergerstraße 52. — Fernruf 3927. —

Makulaturpapier jederzeit zu haben. Große Brauhausstr. 17 b. Pförtner.

Theuring & Ackermann, Triftstraße 24. Großer Umsatz. Höchste Preise.

A. Schenkalowski, Kruckenbergstr. 23 Rohprodukten-Großhandlung Kauft Metall, Felle, Lumpen, Papier. — Telefon 4260.

J. Seydel, Mostrich und Essig. Rathausstr. 15

Otto Thormann jun. Raffineriestr. 46. kauft Möbel, Wäsche, Schuhwerk, g. Nachl. z. höch. Tagespr.

O. Heimsath & Sohn, Schneider-Geschäft Steg 19.

Mehnert & Müldener Kohlenhandlung Merseburgerstr. 45 b. Telephon 6321.

O. Kutscher, Moritzkirchhof 10. Handleiterwagen- u. einzelne Räder- Spezial-Geschäft.

G. Schaible, Möbel jeder Art. Gr. Märkerstr. 26.

L. A. Kielpennig, Uhren u. Goldwaren, Optik. Reilstr. 129.

Karl Fernitz, Telephon Nr. 3874 Beerd.-Institut „zur Ruhe" Landwehrstr. 8.

J. Ewald, Steinweg 2. Fernruf 6528. Bildereinrahmungen.

P. Münster, Maßkorsetts. Ludw.-Wuchererstr. 70 Schulstraße 13.

Eduard Graf, Marktplatz 11. Bettfed. u. Betten Spezialhaus.

H. Layer, Kl. Ulrichstr. 27. Anfertigen feiner Herrengarderobe nach Maaß.

Bitterfeld.

Palast-Theater, Halleschestraße 26. — Moderne Lichtspiele. — Fernruf 281.

Kaffee Rich. Saul, Kaiserstraße 4. Reichhaltiges Konditoreibüfett. Biere und Weine.

Trinkt Bitterfelder-Biere

A. Rausch Nachf., Kirchstr. 1., Telephon 188. Posamenten, Woll-, Weiß-Waren. Trikotagen, Wäsche, Leinen- und Baumwoll-Waren.

Paul Wille, Burgstraße 51. Hüte. Mützen. Schirme.

A. Schirrmeister, Kaiserstr. 7. Spezialgeschäft feinster Schokoladen und Konfitüren.

R. C. Müller, Tabakfabrikate für Wiederverkäufer.

B Musterschutz

Aluminiumwaren! liefern als Spezialität **Kersten & Schatz,** Halle a. S., Adolfstraße 9/10. Beste Bezugsquelle für en gros und en detail!

C. Klappenbach Gr. Ulrichstr. 41. Gummiwaren.

A. Schumann Gummiwaren Steinweg 46/47.

Adolf Gödecke Optische Anstalt, Poststr. 9/10

Willy Sernau Mantel-Haus, Schulstraße 11.

Herm. Zierfuß Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Gebr. Schubert Brotfabrik u. Mühle Merseburgerstraße 102. Telefon 6675.

Ernst Schrön Rannischestr. 19, Aelteste Spezial-Uhren-Reparaturwerkstatt. Schnell, gut, billig.

Gottfried Schraut Uhrmacher Eigene Reparaturwerkstatt 4 Schmeerstr. 4.

Karl Weber Zigarren-Spezial-Geschäft im Groß- u. Kleinverkauf Advokatenweg 20.

Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstraße 1a ∴ Fernruf 5572 Seilerwaren und Polstermittel.

Abfahrt der Züge Weissenfels - Halle - Bitterfeld - Berlin und zurück.

		abds.						Wm.								Wm.		Wm.	Erf-
Naumburg	ab	1131		312	432	432	515		614	725	858	1216	313	431	451	615	711	827	324
Weissenfels	„	1152		426		501	Corb	451	628	800	925	1241	332		523	Corb	736	852	
Merseburg	„	1240		437		542	602		710	846	1003	121			602	711	748	941	
Halle	an	122		458	520	630	626	640	731	907	1028	147	405	525	625	740	812	1008	434
Halle	ab	114		532	526	512	632	648	Schn		1101	208	411	531	637	746	818	1020	444
Bitterfeld	„	222	348	634			706		755		1240	312	441		731		841	1122	
Wittenberg	„	328	453	800					822		210	435		635	848		924		
Berlin	an	628	521	1103	820	810	917	927	1015		509	726	648	802	1141	1008	1058		727
Berlin	ab	1222		W	443	805	820	855	1003			1257	203		429	531	810	832	842
Wittenberg	„	246		524	742	942		1147	1139			403			742				
Bitterfeld	„	351		644	857		1032	1254				515			855				
Halle	an	442		731	944	1049	1106	141	1245	W		602	427		944	810	1058	1111	1124
Halle	ab	512	555	746	955	1055	1111	204	1251	506	526	622	433	921	1012	816	1104	1117	1132
Merseburg	„	531	620	810	1018			229		529	549	648	Corb	923	1034	843			
Weissenfels	„	648	730	847	1054		1150	315		624	628	722	500	1022	1122	856			
Naumburg	„	700	753	919	1120	1157		342	142	an	659	752		1027	1220				1222
				nach Saalfeld		1249 i. W.	104 i. W.						610 i.W.	an		1022 i.W.	102 i.W.		122 i.W.

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

Plato & Cie., Inhaber: Gebr. König. Marienstraße 31. Fernruf 6611, Gen.-Vertr. der Dürrkopp-Werke. Leistungsfähige Reparatur-Werkstatt. Verleihung von Automobilen Tag und Nacht.

Möbelfabrik Quilitzsch.

August Trabitzsch, Zigarrenfabrik Burgstr. 1. Telephon 165. Zigaretten und Rauchtabak in größter Auswahl.

Grollmitz & Reinecke, Burgstraße 45. Fernruf 162 Gummiwaren. — Bandagen.

Leopold Wolff, Burgstr. 7 Fernruf 312. Gold-, Silber-, Uhren- und Optische Waren.

Emil Ehricke, Innere Bismarckstr. 19. Glas. Porzellan. Bilder.

A. Döring, Café - Restaurant. Kaiserstraße 67.

G. Jarosch Nachf. Markt 7. — Bessere Herren- u. Knaben-Garderobe. Anfertigung nach Maaß.

Gebr. Meyer Kirchstr. 10. — Beste Bezugsquelle für Damen-Kleidung.

Hch. Arnold Wäsche und Manufakturwaren, Markt 8, Fernsprecher 149.

Paul Raack Markt 5. Spezialgeschäft für Herren-Artikel.

Bruno Raack Burgstraße 2. Hüte, Mützen, Wäsche.

Carl Molt, Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Sterilisierapparate m. Luft.

Ernst Strenger Burgstr. 49, Spezial-Schuhwarengeschäft.

Oswald Böhme Burgstraße 52 Schokoladen u. Konfitüren.

R. Zöllmer Fischhandlung.

E. Swoboda Markt 5a Haus- und Küchengeräte.

Paul Rudolph Drogen, Farben, Kolonialwaren, Photo-Artikel.

G. Raack Burgstr. 49, Musikinstrumente, Saiten.

Curt Trabitzsch, Kaiserstr. 66. Zigarren. Zigaretten. Tabak.

Otto Liebmann, Halleschestraße 14. Porzellan. Steingut. Glas.

Merseburg.

Paul Ehlert, Haushaltartikel. Entenplan 11.

Zigarrenhaus Franz Müller, Weine. Gotthardstraße 48. Liköre.

Carl Stürzebecher, Strumpfwaren, Herren-Artikel, Woll- und Weißwaren.

Oskar Zimmermann Gotthardstraße 25. Erstkl. Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion.

H. Taitza Neumarkt 18. Markt 19. Bekleidung aller Art. Aeltestes Geschäft am Platze.

G. Hoffmann, Mark 19. Woll-, Weiß- und Wirkwaren. Herrenartikel und Schürzen. Korsetts. Handarbeiten. Schneiderei-Bedarfs-Artikel. Besätze.

Marie Müller Nachf., Gotthardstr. 42. Damen- und Kinderhüte. Jede Preislage. Große Auswahl

J. G. Knauth & Sohn, Pelzwaren — Herrenhüte. Mützen — Herrenartikel.

Schuhhaus Hermann Körner, Kleine Ritterstraße 1. Eigene Reparatur-Werkstatt.

O. Scholz Wtw., Inhaber: Gebr. Scholz, Gotthardstraße 34. Möbellager — Ganze Wohnungs-Einrichtungen — Eigene Möbeltischlerei und Polsterei.

Sporthaus Hans Käther, Kl. Ritterstr. 1. Ecke Entenplan. Spezial-Einkaufshaus für Vereine.

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler, Gotthardstr. 5. Anerkannt gute Bezugsquelle für Geschenkartikel und Spielwaren.

Flora Parfümerie, Otto Stiebritz Parfümerien — Seifen — Toilette-Artikel Abt. Konfitüren.

Adler-Drogerie Wilh. Kieslich Inh.: Wwe. A. Atzel. Entenplan. Fernsprecher 95. Medizinal-Drogerie und I. Foto-Spezialhaus am Platze.

Th. Ebert Nachf. Arthur Polster Optiker. Spezialist in Augenoptik. Entenplan.

Günther Liebmann Entenplan 6. Markt 20. Fernruf 360. Elektrische Bedarfsartikel. Fabrikations- und Reparaturwerkstätte.

Eduard Klauß Kohlen. — Baumaterialien Landw. Bedarfsartikel.

Otto Bretschneider, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

R. Christ, Entenplan Nr. 5. Herrenbekleidung, fertig und nach Maß.

Weissenfels.

Adolf Gutmann, Manufaktur — Modewaren Damenkonfektion.

Emil Joske, Weißenfels, Ecke Markt und Jüdenstr. Filiale: Merseburgerstr. Größtes Geschäftshaus am Platze.

Hermann Zierfuß, Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Emil P. Rackwitz, Jüdenstr. 1, Weinhandlung. Kolonialwaren, Zigarren.

Franz Wengler, Elektrotechnisches Büro. Licht- und Kraftanlagen — Moderne Beleuchtungen.

Dimke & Herrmann, Autohaus, Gr. Burgstraße 1. Fahrräder — Ersatzteile — Eigene Reparaturwerkstätte.

O. Kronenberg, Uhren und Goldwaren, Markt 9—10.

Kognak-Zentrale, F. G. Menge.

F. u. G. Höppner, vorm. F. H. Krause, Jüdenstraße 10. Butter, Käse, Wurst.

Wilhelm Apelt, Wein und Spirituosen.

Zig.-Haus M. Sack, Schreibwar., Pfeifen, Spitzen, Stöcke. Kleine Kalandstr. 19.

Eisleben.

Herm. Zwarg, Inh. Botho Hildebrandt, Plan 11. Drog., Parfümerien, Kolonialw., Zigarr., Zigarett. Tabak, Weine, Spirituosen.

Die billigste Bezugsquelle in Eisleben ist das Kaufhaus Lutherstr.

Emil Schauseil, Konditorei, Am Markt.

Delitzsch.

Drogerie zur Reichspost, Inh.: W. Sohrmann.

Walter Seidel. Billige Lebensmittel.

Die Volksstimme bestellen Sie bei H. Alpers, Bitterfelderstr. 17 H. Klunkert, Elisabethstr. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210713-10/fragment/page=0008